

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboonementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—Mt., für einen Monat 6.—Mt. — Preis der Einzelnummer 20 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13003. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Insetatenpreise: Die 7seitige Kolonialzeile über deren Raum 1.00 Mt., bei Blattvorrichtung 2.00 Mt.; Familiennotizen, die 7seitige Seite 1.70 Mt. Reklame-Kolonialseite 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Das Steuerprogramm vor dem Reichstag.

### Eine grohe Rede des Reichskanzlers.

Berlin, 5. Juli. Der Reichskanzler wird morgen oder übermorgen nicht nur im Reichstagsausschuss, sondern auch vor dem Reichstag das neue Steuerprogramm der Reichsregierung in einer großen Rede entwenden.

Die Finanzminister der Länder sind gestern in Berlin zu einer Beratung über das neue Steuerprogramm zusammengetreten. Sie haben die Überzeugung ausgesprochen, daß es nötig sei, die kommenden Steuergesetze durch ein Rahmengesetz zu verbinden, um die Ablehnung einzelner Steuern durch wechselnde Mehrheiten unmöglich zu machen.

Die Blätter rechnen mit der Möglichkeit, daß der Reichstag zur Erledigung des Beamtenbefolzungsgesetzes länger als ursprünglich geplant zusammenbleibt.

Es kommt natürlich nicht nur auf die Größe der Rebe, sondern vielmehr auf die Klarheit der Rebe des Kanzlers an, d. h. darauf, daß die Struktur der geplanten Steuern deutlich sichtbar wird. Denn im andern Falle läßt sich aus Worten und allgemeinen Redensarten leicht ein gefälliges Ragout bereiten, das nichts klar erscheint läßt.

Der Gedanke des Rahmengesetzes ist schlau ersonnen, um den Gliedern der Regierungskoalition das Ausbrechen unmöglich zu machen. Praktisch wird das wieder zu ungünstigen der Arbeiterschaft ausschlagen. Denn während bei den indirekten Steuern durch Zulage und Abänderungen wenig mehr zu verbessern ist, wenn einmal die grundlegenden Bestimmungen getroffen sind, lassen sich direkte Steuern durch Vorschriften über Veranlagung, Erhebung, Nachlässe, Ausnahmen usw. derart aushöhlen, daß von ihrem ursprünglichen Wesen nicht viel übrig bleibt. Das Rahmengesetz hindert also nicht die Begünstigung der bestehenden entgegen etwaigen Regierungsvorschlägen.

## Nachzügungen des polnischen Aufstandes.

Alle Berichte aus Oberösterreich, offizielle wie inoffizielle, stimmen darin überein, daß die Räumung Oberösterreichs von den polnischen Insurgenten und dem deutschen Selbstschutz der Vereinigung gemäß und ohne Stockungen und Störungen erfolgt. Es ist aber begreiflich, daß die schweren Unruhen, die zwei Monate lang das Land durchdröhnt haben, nicht mit einem Schlag beigelegt werden können, daß hier und dort noch von Brandherden, die noch nicht gelöscht werden konnten, neue Unruhen austesten. Das muß nicht nur von polnischer Seite geschehen, wenn gleich die deutschen Blätter fast ausschließlich von solchen Vorfällen unterrichtet werden.

Über polnische Bandenangriffe im geräumten Gebiet wird uns gemeldet:

Kattowitz, 4. Juli. In den Kreisen Katibor und Rybnik lichten überall die polnischen Banden in die Dörfer zurück und überfallen die im Vertrauen auf die Säuberungsaktion in ihre Heimatstädte zurückgekehrten deutschen Familien.

Kattowitz, 4. Juli. In Laurahütte, Friedenshütte und Godullahtte haben sich neuerdings die Insurgenten schwere Misshandlungen von Beamten zu Schulden kommen lassen. An den Hüttenbeamten Chlubel in der Laurahütte trat ein Arbeiter mit dem Erbuchen heran, ihn in den Betrieb einzustellen; er konnte aber wegen Arbeitsmangels nicht angenommen werden. Daraufhin feherte der Mann mit 20 Insurgenten zurück und holte Chlubel mit etwa 20 andern Beamten aus dem Werk heraus, die sämtlich mit Gummilöppeln in schwerster Weise misshandelt wurden. Drei Beamte mußten ins Lazarett geschafft werden; die übrigen flüchteten nach Kattowitz. Auch der größte Teil der höheren Industriebeamten in Friedenshütte und Godullahtte mußte vor den Misshandlungen der Insurgenten fliehen.

## Unterbindung des Bahnverkehrs durch Räuberbanden.

Berlin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Katibor wird gemeldet: Der Eisenbahnverkehr von Gleiwitz nach Kattowitz ist wieder unterbrochen, ebenso der Verkehr von Katibor nach Rybnik. Die Züge wurden von Banden aufgehoben, durchsucht und ausgeplündert. Gestern abend wurde auf der Strecke von Katibor nach Rybnik ein Zug angehalten und vollständig ausgeplündert.

### Ein blutiger Zusammenstoß in Beuthen.

Beuthen, 4. Juli. Beim Einzug der Entente-Truppen in Beuthen ereignete sich ein folgenschwerer Zwischenfall. Als das Gros der Truppen durch die Friedrichstraße marschierte, brachen die Bewohner in Jubelstufe aus und stürmten vaterländische Lieder an. Darauf zückte die französische Wache aus der neuen Kaserne heraus und hielt mit Kolben und Gummilöppeln auf die Menschenmenge ein. In der allgemeinen Verwirrung fielen plötzlich einige Schüsse, durch die ein französischer Major getötet wurde und mehrere Franzosen verwundet wurden. Durch das rücksichtlose Vorgehen der französischen Soldaten kamen mehrere Frauen und Kinder ums Leben. Die Franzosen nahmen nach dem Vorfall 20 Bürger von Beuthen als Geiseln in fest, darunter den ersten und den zweiten Bürgermeister sowie den Sanitätsrat Dr. Bloch. Am Nachmittag wurden die Haupt-

strahlen von englischen Posten besezt und die Ruhe wieder hergestellt.

### Nach bewährtem Muster.

TU. Paris, 5. Juli. Agence Havas meldet aus Oppeln, daß die deutschen Selbstschutzeinheiten ihren Rückzug im Norden und Süden entsprechend dem Räumungsplan fortsetzen. Sie lassen jedoch Teile ihrer Verbände auf den großen Donänen, namentlich im Gebiet von Groß-Strehla, zurück, die bewaffnet sein sollen. Man befürchtet hierdurch neuere Schwierigkeiten.

Wollen die deutschen Selbstschutzeinheiten das Beispiel ihrer Gesinnungsgenossen im Baltikum und in Bayern nachahmen, indem sie sich bei ihren agrarischen Freunden einstellen? Die Reichsregierung möge ein wachsames Auge darüber haben, daß sich in Überschreiten nicht neue Reaktionsscharen bilden.

### „Einigkeit“ in Moskau.

Berlin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Ein Telegramm aus Moskau meldet vom Kongreß der kommunistischen Internationale: Die deutsche Frage, die Levi und die deutsche kommunistische Partei betraf, wurde besprochen, und in beiden Fragen wurde vollkommene Einstimmigkeit erzielt.

Wie diese „vollkommene Einstimmigkeit“ aussieht und was beschlossen wurde, sagt die sehr unvollkommene Meldung nicht. Ob die „Levi-Buden“ für den eigenen Ausschluß gestimmt oder ob sie sich „öffentlich“ dem Diktat Rades unterworfen haben? — Am Freitagabend hat noch in Berlin, wie die Roten Fahne triumphierend mitteilt, eine Generalversammlung der kommunistischen Funktionäre (Generalversammlung der Funktionäre — das gilt's in dieser Anti-Bonzenpartei), mit über 2000 gegen 10 Stimmen (kommunistische Zahlennangaben sind bekanntlich stets mit großer Vorsicht aufzunehmen) die Abstimmung folgenden Telegramms nach Moskau beschlossen:

„2000 kommunistische Funktionäre der VKPD. Groß-Berlins senden dem gegenwärtig tagenden Kongreß der 3. Internationale ihre brüderlichen Grüße und fordern ihn auf, die kommunistischen Internationale von allen unverlässigen und opportunistischen Elementen zu reinigen. Ganz besonders fordert die Verbinde Organisation der VKPD, den Kongreß auf, den jüngsten Vorgängen in der deutschen Partei sein Augenmerk zu schenken und unnachlässigt mit den Elementen, die die Partei so sehr schädigen, wie z. B. die Gruppe „Sowjet“, „Unser Weg“ Schlüsse zu machen, damit die VKPD durch die Verräter in ihren eigenen Reihen in ihrer Kampfkraft nicht weiter geschwächt wird.“

Ob diese „Zweitausend“ mit der einmütigen Beschlusssatzung in Moskau zufrieden sein werden?

### Die Stimmenverteilung auf dem Moskauer Kongreß

Riga, 4. Juli. (D.A.) In der vierten Sitzung des Kongresses der dritten Internationale wurde folgende Stimmenverteilung beschlossen: Frankreich, Italien, Deutschland, die Tschechoslowakei, Rußland und der Kommunistische Jugendbund erhalten je 40 Stimmen auf dem Kongreß; England, Amerika, Polen, die Ukraine, Bulgarien und Jugoslawien je 30 Stimmen; der Schweiz, Spanien, Österreich, der Türkei, Rumänien, Belgien, Holland und Litauen werden je 20 Stimmen zugeteilt, alle übrigen Nationen haben Anspruch auf 10—15 Stimmen.

Hoffentlich sind gleich alle Mitglieder der kommunistischen Parteien Englands, Amerikas und Österreichs nach Moskau mitgereist, damit sie die nötigen Stimmen aufzurufen. D. Ned.

### Sturz Semenoffs.

London, 4. Juli. Reuters meldet aus Wladivostok vom 2. Juli, die vorläufige Regierung in Wladivostok habe eine Verschwörung des Generals Semenoff entdeckt. Eine Anzahl seiner Anhänger soll verhaftet worden sein. General Semenoff sei von Grodetskow nach Charbin geflohen; seine Streitkräfte sollen sich auflösen.

Die „vorläufige“ Regierung in Wladivostok wurde bekanntlich von Semenoff selbst, der an der Spitze seiner Banden die mit der russischen Sowjetregierung sympathisierende Regierung des Gernots Ostens vertrieben hatte, in den Sattel gehoben. Welche Vorgänge sich hinter den Kulissen abgespielt haben, die zu einem Sturz geführt haben und welche Mächte dahinter stehen, ist von hier aus noch nicht zu übersehen.

### Furchtbare Schiffsunfälle auf der Wolga.

Ein Anschlag auf Geheimpolitiker?

Moskau, 5. Juli. (TU.) Bei dem Brände eines russischen Dampfers auf der Wolga kamen mehrere hundert Personen ums Leben, darunter der Bischof von Nowgorod, mehrere Universitätsprofessoren, die zu Unterrichtszwecken nach dem Kaukasus reisten und eine Abteilung russischer Geheimpolizei. Aus der Anwesenheit der letzteren auf dem Schiffe schließen man, daß der Brand infolge eines Anschlags, der gegen diese Geheimpolizei geplant wurde, entstanden sei.

### Ein mißglücktes Attentat auf Piłsudski.

TL. Warschau, 5. Juli. Ein Student wurde in dem Augenstudio verhaftet, als er versuchte, in das Arbeitszimmer des Marschalls Piłsudski einzudringen. Der Student gab mehrere Revolverwaffen ab, ohne jedoch jemand zu treffen.

## Das neue italienische Ministerium

Rom, 4. Juli. Wie die Agenzia Stefani meldet, wird das neue Kabinett Bonomi wie folgt zusammengesetzt sein: Bonomi: Vorsitz und Inneres, Marquis de la Toretta: Auswärtiges, Gasparotto: Kolonien, Ferri: Justiz, Nodino: Krieg, Senator Schanzer: Marine, Navazio: Schatz, Soleri: Finanzen, Senator Croce: Unterricht, Bertini: öffentliche Arbeiten, Giuffrida: Arbeit, Rainieri: Post u. Telegraphen, Mauri: Ackerbau und Industrie.

Die Liste umfaßt 3 Reformisten, 3 Populare (Klerikale), 2 soziale Demokraten, 4 liberale Demokraten und ein Mitglied der Rechten. Marquis de la Toretta steht außerhalb der Parteien. Die amtliche Bekanntgabe dürfte heute nachmittag erfolgen.

Die neue Regierung Italiens ist ein rein bürgerliches Kabinett, die sogenannten Reformisten, zu denen Bonomi gehört, und die sozialen Demokraten, haben nichts mit den italienischen Sozialisten zu tun und sind bürgerliche Parteibildungen.

Das neue Kabinett hat keine eigene Note. Es ist seiner ganzen Zusammensetzung nach ein Übergangskabinett, das nur als neuer Wegbereiter für Giolitti dienen kann. Es scheint sogar, daß Giolitti auf die Verwendung von Bonomi nicht ohne Einfluß geblieben ist. Erhielt er doch in ihm von vornherein die beste Gewähr für unveränderte Fortführung der bisherigen inneren und äußeren Politik. Ebenso weiß Giolitti genau, daß ihm Bonomi schnell wieder den Platz räumen wird.

Aus Paris wird gemeldet, daß dort die Ernennung des Marquis Toretta zum Minister des Neuen mit großer Genugtuung aufgenommen wird. Er gilt als überzeugter Freund der Franzosen. Durch die Bildung des italienischen Kabinetts ist ein Hindernis für eine Zusammenkunft des Obersten Rats beseitigt. Es wird nunmehr erwartet, daß er Ende Juli zusammentritt.

Über die Stellung unserer italienischen Gelegenheiten zu Bonomi und seinem Ministerium unterrichtet ein Artikel des Avanti, der Rom, 28. Juni datiert ist. Er ist also vor der Bildung des Kabinetts geschrieben, doch erwiesen sich seine Verauschungen und Vorausagungen über den Ausgang der Krise sehr als richtig. Wir entnehmen diesem Artikel die folgenden Ausführungen:

Giolitti wird wieder mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werden, aber er wird sich hüten, anzunehmen. Die Katastrophe vom Sonntag war nötig, um ihm, dem Alten, zum Bewußtsein zu bringen, wohin seine Zustimmung zur Politik der Gewalttätigkeit und der Geschäftsmacher geführt hat.

Er weiß wohl, daß seine Ernennung die Situation nicht verändern würde. Eine von Giolitti geschaffene Kammer kann ein Kabinett Giolitti nicht aufrecht erhalten. Eine Kammer, die vorgegangen ist aus der Tragik des Bürgerkriegs kann dem nicht freie Bahn lassen, der zu diesem Krieg ermutigt. Giolitti will daher nichts von dem Auftrag wissen.

Einer seiner Vertrauten läßt durchblicken, daß er sich für November ausspart, wo — nach seiner Meinung — die Sozialisten einer Mitarbeit in der Regierung weniger Widerstand entgegenstellen würden. Man sieht also, daß das Alter auch Giolitti den richtigen Maßstab für die Beurteilung der Dinge verlieren läßt. Abgesehen davon, daß niemand dazu ermächtigt ist, zu behaupten, daß die sozialistische Partei beabsichtige, ihre grundsätzliche Stellung zu ändern, besteht die Tatsache, daß, angewischt der Lage des Landes, der durchzubare ökonomischen Krise und der Arbeitslosigkeit, auch die der Mitregierung günstig gesinnten Sozialisten nicht die Absicht haben, zu ihrem Hasskiri zu schreiten. Über wenn auch Sozialisten in ein Ministerium eintreten wollten, möchten sie zusammenarbeiten mit einem Manne, der am Sonntag eine solch reaktionäre Rebe gehalten, zusammenarbeiten mit ihm im Interesse des Proletariats? Kann man sich noch mit 80 Jahren Illusionen machen.

Es schmerzt freilich die Reaktionäre, daß sie die Durchführung des Programms der offensichtlich mitproletarischen Regierung, das Giolitti in seiner Rede am Sonntag entwickelte, weniger gescheitert haben als denjenigen, die Giolitti selbst anvertrauen sollen. Und der allgemeine Ruf bei allen antiproletarischen Gruppen lautet daher: „Giolitti um jeden Preis!“ Die Nationalisten verhindern es in ihrem Blatt, heute morgen forderte es der Anführer der Faschisten, und ebenso hob ihn das Blatt Salandras auf dem Schild. Vergangenes Jahr war Giolitti der Günstling aller Konstitutionellen, weil er nach seiner ganzen bisherigen Tätigkeit als der geeignete erschien, auf demokratischer Basis zu regieren. Heute ist er der Mann der Rechten, von Salandras dazu auskorren. Einschüchterungen von Volkshäusern und Konsumvereinen in Szene zu legen und die proletarische Bewegung, die gefördert zu haben, Giolitti sich jahrelang rühmt, zu zerstören.

... Und wenn er trotz alles stehen wollte, wird man sich an De Nicola wenden, weil man seiner Weigerung gewiss ist, und dann wird man zu Bonomi gehen. Dieser — trotz gewisser national-demokratischer Einschläge, denen niemand Glauben schenkt — ist der bei den Reaktionären am meisten genannte Mann.

Und sie haben nicht unrecht. Im Grunde hat die faschistische Politik im Schutz des Kabinetts Giolitti in ihm den Mann gefunden, der alles mitmacht. Hera und Corradini wuhnen wohl, daß sie auf ihn zählen könnten, als der alte, noch vor der Belehrung jener letzten Monate, noch einige Gewissensbisse hatte.

Als Bonomi im Kriegsministerium war, hatte er nur eine Beschäftigung: mit Hilfe militärischer Kräfte den Faschismus zu begründen und die Offiziere in die Bewegung einzureihen. Robino, der jehlige Kriegsminister, könnte hierüber die nötige Auskunft geben.

Heute erwarten Faschisten und Nationalisten den Anschein, daß sie sich an Bonomi stößen, indem sie ihn der Mitschuld an dem „Verbrechen“ des Vertrages von Rapallo zeihen und der Überheblichkeit der Plutokratie von Trieste.

Über das sind alle nur Schwäheren. Die italienischen Reaktionäre stoßen sich weder an Trieste noch am Vertrag von Rapallo und sehn in Bonomi den Redner von Maktua und den Mann, der ihren Wünschen am gefügigsten ist.

... Sieht man also in Betracht, daß man einen Testamentsnachstrekker der Giolittischen Rede vom Sonntag braucht, so erscheint für die italienischen ausbeutenden Klassen derjenige am geeigneten, der sich selber noch einen jungen Minister nennen läßt. Also bitte, nehmen Sie Platz, geachteter Herr Bonomi!

Über die Haltung der Sozialisten informieren weiter die folgenden Mitteilungen des Avanti:

#### Eine nicht angenommene Einladung.

Rom, 28. Juni. Heute morgen hat De Nicola, vom Quirinal (Schloß) kommend, unserem Genossen Casalini, dem Vizepräsidenten der Kammer mitgeteilt, daß der König den Wunsch ausgedrückt hat, auch die Vizepräsidenten der Kammer zur Beratung heranzuziehen und hat unseren Genossen gefragt, ob er bereit sei, die Einladung anzunehmen. Casalini hat geantwortet, daß er in erster Linie Mitglied der sozialistischen Gruppe und erst in zweiter Vizepräsident der Kammer sei und daß die sozialistische Fraktion in ihrer gestiegenen Sichtung schon beschlossen habe, daß die Sozialisten ihre Ansichten und Meinungen durch ihre Zeitung, ihre Diskussionen und ihre Abstimmung zum Ausdruck bringen. Niemand ist sich zur Stunde im unklaren über die Meinung der sozialistischen Fraktion, über die durchaus nicht persönlich berichtet zu werden braucht. Aus diesem Grunde ist die Einladung abgelehnt worden.

#### Die Beratungen der sozialistischen Fraktion.

Rom, 28. Juni. Der Führer der sozialistischen Fraktion beschloß, unbeschadet des Festhaltens an den sozialen und programmatischen Leitlinien, die von der Fraktion selbst vorgezeichnet worden sind, ihr vorzuschlagen, den Gang und die Entwicklung der Krise scharf in Auge zu behalten.

Während die Fraktion in ihrem Urteil, daß — aus theoretischen und praktischen Gründen — von einer Teilnahme der Sozialisten an der Regierung keine Rede sein kann, fast einstimmig war, hielt sie dafür, daß die sozialistischen Deputierten auf parlamentarischem Gebiet nicht von vorneherein Partei eindringen, e in den Weg legen dürfen, die den Versuch machen, aufrichtig und mit der Dauer eine Politik durchzuführen, die sich gegen die Politik der Gewalttätigkeit widert die proletarische Bewegung wendet.

Dieser Beschluß erhielt die Zustimmung der Partei, leitungs.

#### Kommunistische Schwindelpraxis.

Der Avanti schreibt unter: Rom, 28. Juni. Die Rosta (das Organ der Sowjetregierung) berichtet:

In der Sitzung des Exekutivkomitees der (kommunistischen) Internationale hat der Kommunist Terracini die italienische Frage mit folgenden Sähen gekennzeichnet:

Nach dem Kongress von Livorno hat die Partei sich mehr und mehr nach rechts orientiert. Die neue parlamentarische Fraktion zählt viele Mitglieder, die schon aus der Partei ausgeschlossen waren. Nach der Spaltung wurden sie wieder in die Partei aufgenommen und Serrati hat ihnen verantwortliche Posten zugeschoben.

Terracini rät dem Kaiser, die Partei Serratis nicht anzuerkennen. Wenn die italienischen Arbeiter sehen, daß die Serrati-Partei nicht in die kommunistische Internationale aufgenommen wird, werden sie sie in Scharen verlassen.“

Die Serrati-Partei! Die schönste Erfindung des Jahrhunderts! Und wo in aller Welt sind die zahlreichen Personen, die schon von der Partei ausgeschlossen waren und jetzt in unsere Partei wieder aufgenommen worden sind, denen Serrati verantwortungsreiche Stellen zugewiesen hätte?

In der parlamentarischen Fraktion gibt es keinen, der vor der Spaltung ausgeschlossen worden wäre, und Serrati hat nie einem Abgeordneten verantwortungsreiche Stellen zugewiesen, wozu er auch gar kein Recht hat.

Auf diese Art stellen die „Neinen“ die Dinge im Ausland wie im Inland hin!

Aber das Kurioseste ist, daß sich gerade unter den „Neinen“ die aus der Partei ausgeschlossenen befinden, und daß die Bolschewisten niemals gezögert haben, in ihren eigenen Reihen auch die „Verräte“ aufzunehmen, auch die „Feigen“, weil sie reis in den Schoß der alleinstigmachenden Mutter Kirche zurückkehren wollten. Das Beispiel Sinowjew, der von Lenin zu Beginn der Oktoberrevolution als „feige“ hingestellt und der dann Präsident der Internationale geworden ist, gilt für alle.

Die Antwort des Avanti trifft den Nagel auf den Kopf. Terracinis Verleumdung aber zeigt, daß die Kommunisten überall dieselben sind.

#### Militärfragen.

Berlin, 4. Juli.

Im Eilschritt drängt der Reichstag seinen Ferien zu. Die Tagesordnungen sind überladen, die Güte der Arbeit wächst nicht.

In der heutigen Sitzung wurde vielerlei über militärische Dinge gesprochen. Der Reichstag erledigte in einem hemmungslosen Arbeitseifer unter anderem ein Gesetz, das die Versorgung der Reichswehr- und Marineangehörigen festlegt. Das ist ein Gesetz von ganz besonderer Art. Es bürdet der Gemeinschaft eine nicht zu rechtzeitige bedeutende Last auf. Nach dem Friedensvertrag ist eine mindestens zwölfjährige Dienstpflicht der Soldaten der Reichswehr vorgeschrieben. Bei dem Bestreben der militärischen Kreise in Deutschland, sich einen möglichst großen Kreis von militärisch ausgebildeten Personen zu erhalten, geht nun das Bestreben offenbar dahin, dem Reichswehrsoldaten den Austritt aus der Reichswehr nach Ablauf der zwölf Jahre recht verhindern und schwachhaft zu machen. Deshalb dies Gesetz, das den Ausscheidenden hohe „Abschüttungen“ läßt. Ein verheirateter Unteroffizier zum Beispiel, der zwei Kinder hat, wird nach dem Gesetz bei seinem Ausscheiden aus der Reichswehr nach zwölf Dienstjahren 32.000 Mk. geschenkt bekommen. Die Zuwendungen an die Offiziere sind noch bedeutender. Da alle drei Jahre ein Viertel des Hunderttausendmannheeres die zwölf Jahre Dienstzeit hinter sich gebracht hat und infolge dieser Lockmittel ausscheiden wird, ist mit einem Aufwand von vielen Hunderten von Millionen zu rechnen. Unser Redner Karsten geheilte diese Politik und begründete unser Antrag, den ausscheidenden Reichswehrsoldaten die gleiche — nach Meinung der Bürgerlichen ausreichende — Fürsorge angedeihen zu lassen wie den Erwerbslosen. Natürlich erwachte dieser Antrag keine rechte Begeisterung auf den bürgerlichen Bänken. Er wurde niedergestimmt und das Gesetz mit den Stimmen der Bürgerlichen und Rechtssozialisten angenommen.

Bei der Beratung des Reichswehrstaats wurde von der Fraktion der USP, die Finanzgarantie und die reaktionären Strömungen in der Marine beleuchtet. Diese sogenannte Marine hatte die staunenswerte Ungeniertheit, für ihren Etat 116 Millionen Mark anzusordern, obwohl durch Nachprüfung der zuständigen Finanzstellen ein tatsächlicher Bedarf von nur 14 Millionen festgestellt worden ist! Der Vertreter des Marineamts stand für diese unglaubliche Manipulation kein Wort der Erklärung oder der Rechtfertigung.

Bei welchem Maße die Reichswehr zu einer Sinekure für die Militärmediziner geworden ist, das zeigte unser Heiliger Dr. Moses. Die Reichswehr wird nach einem statistischen Erfahrungsjahr jährlich 600 Kranke haben. Dazu sind 91 Militärärzte vorhanden! Die Mitteilungen, die unser Redner über das Zahlenverhältnis zwischen Trupp und Arzt im Kriege machte, zeigten klar, daß der größere Teil der Reichswehrärzte vollkommen überflüssig ist.

Der Reichswehrminister Gehler suchte die ihm peinliche Lage durch den Hinweis zu verbessern, daß jetzt auch die Angehörigen der Soldaten von den Militärärzten behandelt würden. Er braucht sich aber nicht zu sorgen. Denn die Reichstagsmehrheit wird morgen in der dritten Lesung noch alter Gewohnheit den Militärarzt ohne Knurren schlucken.

Über den samsten Heimatdienst gab es eine Auseinandersetzung zwischen unsern Rednern und der Rechtssozialdemokratie. Die Gelder für diese Propagandainstitution der jeweiligen Regierung wurden gegen unsre Stimmen und die der Kommunisten bewilligt.

In zweiter und dritter Lesung wurde schließlich noch ein Gesetz über „religiöse Kindererziehung“ angenommen.

#### Die Jagow-Prozeß vor dem Reichstag.

Berlin, 5. Juli. Wolfs Bureau meldet: Die drei Regierungsparteien (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der sie den Reichskanzler um Auskunft über den Stand des Verfahrens gegen den Regierungspräsidenten a. D. v. Jagow wegen Hochverrats ersuchen. Auch die Unabhängigen haben eine Interpellation über den Fall Jagow eingebracht.

Die Interpellation der Unabhängigen Sozialdemokratie hat folgenden Wortlaut:

Der Justizminister Schiffer hat bei Beratung des Staats des Ministeriums des Innern zum Fall Jagow Erklärungen abgegeben, die zu den Erklärunghen des Herrn v. Jagow in Widerspruch stehen. Die Gerichtsbehörden versagen gegenüber Herrn v. Jagow, wie gegenüber all den anderen Männern, die sich beim Kapp-Putsch des Hochverrats schuldig gemacht haben.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Hochverratsprozeße und die Haftbeschlüsse gegen Traugott v. Jagow und die übrigen Kappisten rücksichtlos zur Durchführung zu bringen.

Herr Schiffer wird bei der Verhandlung über diese Interpellationen eine sehr klägliche Rolle spielen. Wenn seine Partei freunde ihm nicht den guten Rat geben, vorher von der ministeriellen Bildfläche zu verschwinden. Über man darf den deutschen Demokraten schwerlich soviel — Energie und politischen Blick zutrauen.

Lebzigens behaupten rechtsstehende Blätter, aus parlamentarischen Kreisen erfahren zu haben, daß Herr Schiffer den Reichsgerichtsbeamten beauftragt habe, die Verhaftung des Herrn v. Jagow anzuordnen. Der Vorwärts teilt dagegen mit, daß in dieser Form die Meldung noch verfrüht sei. (?) Ueber den Grund (?) der ganzen Angelegenheit beabsichtige der Reichsjustizminister dem Reichstag möglichst bald „umfassende Aufklärung“ zu geben. Ob er dabei amtlich mittellen kann, wann nun endlich der Hochverratsprozeß gegen Jagow vor dem ehrenwerten und — im besagten Falle — sehr rücksichtsvollen Reichsgericht, das bei der Affäre übrigens noch viel schlimmer beschlossen ist als der Minister, stattfinden wird? Und ob er mitteilen wird, welche gewissenhaften Beamte ihm erklärt, daß Jagows Aufenthalt unbekannt und unauffindbar sei und was mit diesem tüchtigen Manne geschieht?

#### Regierungslüge aus Steuerscheu.

Die Verschwörung der Rechtsparteien gegen die Regierung soll jetzt in die Tat umgesetzt werden, und zwar soll sie noch vor den Ferien gestartet werden. Anführer bei dieser wadern vaterländischen Tat ist — Helfferich. Die bürgerliche Presse teilt mit, daß er den Reichskanzler Dr. Wirth noch vor den Ferien wegen der Steuerpläne stellen will. Mit diesem Trick hofft Helfferich eine bürgerliche Mehrheit gegen Wirth zu stützen. Die Steuerrechner könnten auch warnen, bis die Regierung im Spätsommer die Vorlagen einbringt, aber das wollen sie nicht, offenbar aus der Besorgnis, daß sich die Verhältnisse bis dahin für sie verschlechtern könnten.

Das Leipziger Tageblatt lädt sich sogar melden, daß falls das Vorhaben Helfferichs in die Länge gezogen würde, die Beratung des Reichstages verschoben werden dürfte. Die Mehrheitsparteien hätten sich dahin geeinigt, daß der Reichskanzler eine Erklärung abgibt, worin er den Rahmen der geplanten neuen Steuern zieht. Während der Ferien soll dann ein besonderer Ausschuss die neuen Steuern beraten. Die letzte Bemerkung ist sehr unklar und offenbar auch unzutreffend, denn der Ausklang

müsste doch Vorlagen haben, die er beraten kann, es sei denn, man will ihm die Aufgabe zuweisen, sich nur theoretisch über neue Steuern zu unterhalten. Das wäre trotz der kühnen Witterung eine richtige Hundtsalbe. Helfferich und seinen Kumpanen kommt es mit dem Vorstoß gegen Wirth darauf an, die Regierung durch einen Rechtsblock so schnell als möglich zu stürzen. Obo gelingt, ist freilich eine andre Frage.

#### Die Frauen in der Justiz.

UP. Der Reichstag übernahm dieser Tage einen Antrag der drei sozialistischen Parteien, der die Gleichberechtigung der Frau in der Justiz forderte, an den Reichsausschuß. Dieser hat sich auch bereits in einer Sitzung mit dieser Materie beschäftigt. Die Verfaßung anerkennt den Grundbegriff der Gleichberechtigung der Frau. Die nationalsozialistischen Parteien aber verstehen es, einen Unterschied zwischen grundsätzlicher und absoluter Gleichberechtigung zu machen. Und diese absolute Gleichberechtigung steht den Frauen nicht zu. Sie stehen zwar zum größten Teil im Prinzip für die Mitwirkung der Frau in der Justiz. Aber der Antrag sei verfehlt. Erst müsse man sehen, wie sie sich als Schöffen und Geschworene bewähren. Sie kämen allerdings vorderhand mit dieser famosen Begründung ihres „Standpunktes“ nicht durch. Von den Vertretern der drei sozialistischen Parteien nicht nur, sondern auch von denen der demokratischen Partei wurde ihnen begreiflich gemacht, daß mit solchen Blauäugern die höchst wichtige Frage nicht aus der Welt geschafft werde. Selbst ein Vertreter der Regierung konnte nicht umhin, diese schlechte Konkurrenz für die Männer durch den Wettbewerb der Frau gebührend zu kennzeichnen.

Genoss Wut wandte sich besonders gegen die im preußischen Richter-Verein vertretenen Aufstellung, daß den Frauen in den verschiedenen Lebensperioden die volle Ausdehnungsfähigkeit nicht auszurechnen sei. Die Frauen für Logik und Abstraktion weniger fähig seien. Jetzt versuchten die Rechtsparteien einen neuen Trick, indem von ihnen verlangt wurde, den Initiativantrag in eine Resolution umzuwandeln. Es sei doch unmöglich, auf dem Wege des Initiativantrags in die Gleichsetzung einzutreten. Aber auch hier erzielten sie einschneidigen Schlußbruch. Denn Artikel 68 der Verfaßung gibt dem Reichstag durchaus das Recht, durch Mehrheitsbeschluß über diese Frage zu entscheiden. Die Demokraten hielten Stange. So wurde auch dieser Versuch, die Sache zu hinterziehen, abgeschlagen. Allerdings wird die Entscheidung erst in einer der nächsten Sitzungen gefällt. Sicher wird es an Verlusten, die Gleichberechtigung der Frau in der Justiz auch für die Zukunft zu verhindern, nicht fehlen, im Reichsausschuß so wenig wie im Plenum des Reichstags, das dann erneut zu diesem Antrag Stellung zu nehmen hat.

#### Vom Hölz-Prozeß in Dresden.

Berlin, 5. Juli. Die Berliner Börsenzeitung meldet:

Den drei Verteidigern des Hölz ist nunmehr die Erlaubnis erteilt worden, an einem etwaigen Transport des Hölz per Eisenbahn teilnehmen zu dürfen. — Die Verteidiger hatten die Berechtigung zur Begleitung gefordert, um etwaige Versuche zur Entfernung des Transportierten verhindern zu können, was angesichts der vielen Erfahrungen mit den „Erschließungen auf der Flucht“ nur sehr berechtigt ist.

Dasselbe Blatt behauptet, es verlautet, daß das sächsische Justizministerium auf einen neuen Prozeß gegen Hölz in Dresden verzichten will. Die Meldung muß falsch sein, denn es liegt gar nicht im Belieben des sächsischen Justizministeriums, ob der Prozeß geführt wird — er muß nach dem geltenden Recht durchgeführt werden, wie Staatsanwaltschaft und Gerichte zur Verfolgung aller strafbaren Handlungen verpflichtet sind und ein Niederschlagungsrecht nicht besteht.

#### Die Verschleierung des Spiegelkommisars.

Im preußischen Haushaltplan befindet sich ein seltsames Kapitel, das die wenigen Ialonischen Worte enthält: Etat des Spiegelkommisars mit 920 000 Mk. Man wird das Recht haben zu vermuten, daß diese seltsame geheimnisvolle Etatierung eines so großen Amtes, wie des Staatskommisariats für die öffentliche Ordnung seine guten Gründe hat. Man wird uns das Recht nicht nehmen können zu fragen, wie steht sich dieser seltsame Etat zusammen? Bezahlt der Herr Staatskommisar Weizmann von diesen lumpigen Millionen all die Hunderte von Spiegeln, die für ihn im Reiche tätig sind? Bezahlt er davon das Auto, mit dem er und seine Regierungsräte spazieren fahren? Bezahlt er davon die unzähligen dringenden Staatsgespräche, die seine Berliner Zentrale alltäglich führt? Bezahlt er von diesen 920 000 Mk. die gesamten Bureauosten seines allein mindestens 30 Beamte umfassenden Bureaus in der Wilhelmstraße? Bezahlt er davon die Fonds, die seinen Beamten und ihm zu bevorstehenden Zwecken zur Verfügung stehen? Dann sollte man den Herrn Staatskommisar möglichst schnell zum Oberstelschafanwalt ernennen, denn das Kunststück, Ausgaben, die mehrere Zehner von Millionen ausmachen, mit 920 000 Mk. zu bestreiten, hat ihm bisher noch niemand nachgemacht. Über sollte am Ende der Herr Staatskommisar geheimnisvoll die seine ungedeckten Ausgaben aus dem der Preußischen Regierung zu besonderen Zwecken zur Verfügung stehenden 40-Millionen-Fonds decken? Die Hauptfrage aber bleibt nach wie vor, was soll eigentlich immer noch dieses Staatskommisariat für politische Spionage in einer demokratischen Republik, in der doch angeblich die Meinungsfreiheit garantiert ist?

#### Kahr-Prozeß.

München, 4. Juli. Wie die Münchener Zeitung meldet, sind in Gmünd am Tegernsee zwei aus Bad Kissingen zugereiste russische Sowjetkommunisten ausgewiesen und nach Berlin, woher sie gekommen waren, zurückgeschickt worden. Es handelt sich um den Volksbeauftragten Krestinsky und seinen Sekretär Deutschmann aus Moskau.

#### Schwere Anklagen gegen deutsche U-Boot-Kommandanten.

Verfestigung eines Hospitalsschiffes, verlor Rammung eines Rettungsbootes.

Bonbon, 5. Juli. Der Richter in Bow-Street hat am Montag einen Mann der Belastung des englischen Hospitalsschiffes „Lambeth Castle“, das durch ein deutsches Unterseeboot zum Sinken gebracht wurde, wegen des beworfenen Prozesses gegen die Oberleutnants Boldt und Dietmar vernommen. Die Anklage ist sehr schwer, da von den 250 Mann der Besatzung des Hospitalsschiffes nur 20 Mann gerettet werden konnten. Der englische Schiffsmechaniker erklärte, nach dem Untergang des Hospitalsschiffes „Lambeth Castle“ sei er von einem U-Boot angekommen und habe versucht, das Rettungsboot zu rammen, was aber nicht gelang. Das Rettungsboot, das 20 Mann aufgenommen hatte, wurde durch ein englisches Kriegsschiff aufgefischt, nachdem es 36 Stunden lang auf See gewesen war. Der Schiffsmechaniker lagte weiter aus, daß aus der Rettung des deutschen U-Boots hinter das Rettungsboot her Schüsse abgegeben worden seien, um das Rettungsboot zu versenken. Ancheinend sei das Feuer auf die anderen Rettungsboote gerichtet gewesen. Ausdrücklich wurde erklärt, daß das Hospitalsschiff nichts an Bord hatte, was seiner Bestimmung als Lazarettschiff widersprach.

## Der Orientkrieg.

### Türkischer Vormarsch.

Paris, 2. Juli. (D.A.) Wie der Sonderberichterstatter der Chicago Tribune aus Konstantinopel meldet, liegen verschiedene Dörfchen an der Smyrnafront bereits unter dem Feuer schwerer griechischer Artillerie, namentlich ist die Beschießung Iznahis sehr heftig gewesen. Die Kanonade wird allgemein als der Auftakt der griechischen Offensive betrachtet. Aber auch die Türken sind ihrerseits schon zum Gegenstoß übergegangen. Aus dem Abschnitt Etschak wird gemeldet, daß die 13. griechische Division vollständig auseinandergetrieben und von femalistischer Kavallerie verfolgt wurde.

Der amtliche Heeresbericht aus Angora besagt: An der Westfront haben im Abschnitt Rodosall unsre Truppen an verschiedenen Stellen bereits den Flug Sakaria überschritten. Wir haben Ababazur und die Hügel von Sabanja besetzt. Der Feind wird auf dem Rückzug hastig verfolgt. Die Stadt Sabanja und die strategischen Stellungen der Griechen sind fest in der Hand der Türken. Die Dörfer im Süden Ismid wurden von den Griechen in Brand gesteckt. Im Abschnitt Bagischdik zieht sich der Feind auf Karamanstor zurück. Die griechischen Stellungen bei Tepevara wurden von den Türken genommen. Sognadisl-Belit ist von uns besetzt.

Paris, 1. Juli. Nach einer Savas-Meldung aus Konstantinopel sind die femalistischen Truppen auf der Linie Tendje-Sintiki angelangt, die von den alliierten Mächten als Grundlinie der neutralen Zone festgesetzt wurde.

(Alle angegebenen Ortschaften liegen teils westlich von Ismid, auf der Ismid-Halbinsel, teils südlich davon auf der Linie nach Brussa. D. Aeb.)

Paris, 4. Juli. (T.U.) Nach Berichten aus Konstantinopel haben sich die im Nah von Ghynth umzingelten griechischen Bataillone ergeben.

### Bombardement der Marmara-Küsten.

Paris, 5. Juli. (T.U.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß das griechische Geschwader fortgeführt, die Küste des Marinaro-Meeres zu bombardieren. Die griechischen Marine truppen, die im Umkreis von Ismid gelandet sind, haben Kata-Mussel und mehrere Dörfer eingeschlossen.

### Ein griechisches Dilemma.

Paris, 4. Juli. Nach einer Savas-Meldung aus Athen erklärt die griechische Regierung die Nachricht über ein Zurückweichen der griechischen Truppen an der Front von Brussa und Ushak amlich für unbegründet, da dort keine Angriffe stattgefunden hätten.

### Ein neuer Friedensappell Angoras.

Konstantinopel, 2. Juli. (D. A.) Die Angora-Regierung veröffentlicht folgende offizielle Mitteilung: Anatolien ist bereit, Frieden zu schließen. Nach der Nähmung Smyrnas durch die Griechen wird die Regierung von Angora Unterhändler senden, die mit griechischen Delegierten über die Regelung der Thrakischen Frage in Verhandlungen treten werden.

### Vor dem Friedensschluß Englands mit der Türkei.

London, 4. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhaus wurde von der Regierung mitgeteilt, die Veröffentlichung einer Kabinetsorder betreffend die Beendigung des Krieges mit der Türkei werde binnen kurzem erwartet.

### Ein feindlicher Schritt Russlands gegen Griechenland?

London, 4. Juli. Die Morning Post meldet aus Revval vom 30. Juni, die Sowjetregierung habe die Verhaftung aller griechischen und japanischen Untertanen in Sowjetrussland angeordnet, mit Ausnahme der Mitglieder der kommunistischen Partei. Man sei der Ansicht, daß dieser Schritt der Sowjetregierung bedeute, daß sie das Bestehen eines Kriegszustandes zwischen Russland einerseits und Griechenland und Japan andererseits anerkenne.

Die bisher unbestätigte Meldung der ergreifenden Morning Post ist mit großer Vorsicht aufzunehmen, da sich bisher sowohl die griechische als die russische Regierung Wert darauf legt, allen Gerüchten über einen bevorstehenden oder bereits vollzogenen Bruch zwischen beiden Staaten entgegenzutreten. Von sowjetischer Seite wird auch dementiert, daß russische Truppen Krieg zu Hilfe geschickt worden seien.

### Wiederaufnahme der Arbeit in den englischen Gruben.

II. London, 5. Juli. Die Berichte aus den Bergwerksbezirken melden, daß die Bergarbeiter im allgemeinen die Arbeit wieder aufgenommen haben, obwohl nur eine beschränkte Anzahl an die Arbeit gehen konnten wegen des schlechten Zustandes der Bergwerke. Einige Kohlegruben im Bezirk von Derbyshire sind ganz geschlossen geblieben, einige davon werden überhaupt nicht wieder eröffnet werden.

### Verhandlungen zwischen Nord- und Südrussland.

London, 4. Juli. Im Dubliner Rathause, auf dem die amerikanische Flagge wehte, wurde heute mittag die Verhandlung zwischen den irischen Führern de Valera und Griffith mit den vier Unionistenführern eröffnet. Dem Star folgte wurde die Konferenz nach 3½ stündigen Verhandlungen bis Freitag vormittag verlegt.

II. Dublin, 5. Juli. Die Verhandlungen zwischen de Valera und Griffith mit den Vertretern der südländischen Unionisten werden am Freitag fortgesetzt. Über einige Punkte ist Übereinstimmung erzielt worden.

### Für ein internationales Wiederausbau-Finanzkomitee.

London, 1. Juli. (Reuter.) Die Konferenz der Internationalen Handelskammern hat zur Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete eine Entschließung angenommen, in der die Bildung eines internationalen Finanzkomitees gefordert wird, das die besten Mittel und Wege prüfen soll, wie man die deutschen Schuldverschreibungen so realisieren könnte, daß den verwüsteten Gebieten die Mittel zur Wiederherstellung geliefert und gleichzeitig Sicherheiten gegen irgendeinen ungünstigen Einfluß auf den Geldmarkt geschaffen werden.

### Der tschechische Außenminister über die Lage in Zentraleuropa.

Aus Prag wird gemeldet: Im Außen-Ausschuß des Abgeordnetenhauses erstaute der Minister des Innern, Beneš, Bericht über die Verhandlungen in Paris, London und Marienbad. In Erwähnung eines Antrags auf Änderung des Art. 21 des Börsenbundvertrages, der angenommen wurde, bemerkte der Minister, im ganzen habe der Wunsch vorgeherrscht, daß das Statut des Börsenbundes unverändert bleiben müsse, solange die internationalen Verhältnisse ungelöst seien, insbesondere solange Deutschland, Rußland und die Vereinigten Staaten nicht in die Liga einzutreten. Der Minister betonte sodann die Bedeutung eines französisch-englischen Einvernehmens über die mitteleuropäischen Fragen für eine rasche Konsolidierung Zentraleuropas und bemerkte, daß einige Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Staaten, die beobachtet worden seien, sich ausgeglichen hätten, ins-

besondere in der gleichschährischen und der oberschlesischen Frage. Beüglich des Verhältnisses zu Polen meinte der Minister, daß die Situation sich bessere. Auf beiden Seiten mache sich der Wunsch gestellt, mehr in die Zukunft als in die Vergangenheit zu blicken. Aufgetauchte Missverständnisse würden voll beseitigt werden, ja sie seien schon beseitigt. In der oberschlesischen Frage habe man sich in Polen überzeugt, daß die Tschechoslowakei einen demokratischen und sozialen Standpunkt eingenommen habe und voll aufrichtigerweise. Der Minister erörterte sodann ausführlich die Marienbader Verhandlungen mit Ungarn und erklärte, er zweifele nicht, daß in kurzer Zeit positive Ergebnisse zustande kommen würden, die das gleiche normale Verhältnis zu schaffen ermöglichen würden wie gegenüber Frankreich. Beüglich der Vertragung der Konferenz von Porto Novo verweist der Minister auf die leichten Kreuznisse in Österreich, insbesondere auf die Volksabstimmungen, die bei den Großmächten beträchtliche Unzufriedenheit hervorgerufen hätten.

### Der ewige Aufstand in China.

Paris, 2. Juli. Wie Chicago Tribune aus Konstantinopel meldet, haben chinesische Aufständische die Stadt Wutschau am Sikang genommen und dringen westwärts vor.

### Deutschland.

#### Der deutsch-amerikanische Passagierverkehr.

Aus Hamburg wird berichtet: Der Passagierverkehr von hier nach den Vereinigten Staaten und von dort nach hier hat gewaltig zugenommen. Die Zahl der von den Vereinigten Staaten nach Europa reisenden betrug im Jahre 1921 in der Zeit vom Januar bis zum 8. Mai 135 000, im Jahre 1920 betrug sie 125 400 und im Jahre 1914: 170 000. Nach den Vereinigten Staaten reisten im gleichen Zeitraum im Jahre 1921: 280 000, im Jahre 1920: 130 000 und im Jahre 1914: 328 000. Der Hauptteil bezog sich auf die Reisenden der 3. Klasse und des Zwischendecks.

Für Beibehaltung des gesetzlichen Mordes. Im preußischen Landtag wurde der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt. Die Rechte und das Zentrum waren geschlossen dagegen; auch der größte Teil der Demokraten schied den Antrag ab.

Parteitag der Rechtssozialisten. Der Vorstand der rechtssozialistischen Partei beruft den nächsten Parteitag auf, die am 18. September beginnende Woche nach Görlitz ein. Über die Wirkung des Verfallenen Vertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands referiert Hermann Müller und über das neue Parteiprogramm Hermann Wolfenböhler.

Den Richtigen erwählt. Die preußische Regierung hat zum Vertreter Preußens in München Landrat Scheller ernannt, den früheren Personalreferenten des Ministeriums des Innern, der wegen seiner Teilnahme am Kapp-Putsch seines Postens entlassen worden war. Dieser Kappist ist sicher der geeignete, die richtige Verbindung zwischen Kahr und Stegerwald herzustellen.

Das Wohnungsnotwendig. Der Wohnungsaustausch des Reichstags hat einen Unterausstausch eingelebt, der praktische Vorschläge zur Behebung der immer dringender werdenden Wohnungsnot machen soll. — Wenn der Ausschuß praktische Vorschläge zu einer wirklichen Lösung des Problems machen wollte, könnte er nichts andres tun, als sich die sozialistischen Forderungen zu eignen machen. Da er aber diesen Weg sicher nicht befürworten wird, wird er auch keine praktische Arbeit zur Belebung des Wohnungsnedigkeits leisten können.

Einspruch der Reichsregierung gegen das bessische Besoldungsgesetz. Nach einer dem-hessischen Finanzministerium aus Berlin zugegangenen Nachricht hat die Reichsregierung das vom bessischen Landtag genehmigte Besoldungsgesetz auf Grund des Sperrgelebtes dekanstandet.

### Der sechste Kriegsverbrecherprozeß

#### Fünfter Tag.

Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt.

Der Zeuge Voigt hat als Ordonaßoffizier des Reg. 160 an der Schlacht bei Saarburg teilgenommen. Er hat miterlebt, wie verwundete Franzosen auf den Regimentstab geschossen. Er behauptet, sie hätten es getan, „analog der hinterhältigen Taktik der Franzosen, die Führer abzuschlagen“. Er hat dann festgestellt, daß die Leute nach ihren eigenen Angaben angewiesen waren, von rückwärts auf Offiziere zu schießen. Der Präsident hält ihm vor, ob die Leute nicht aus Angst, um sich vor dem Erschießen zu retten, solche Aussagen gemacht haben können. Der Zeuge erklärt aber, daß die Ansicht allgemein war, wenn man gab Offiziere, die irgendwelche Auftrag zu erledigen hatten, Leute zum Schuh mit, weil die Verwundeten schossen. Er hatte den Eindruck, daß die Leute auf allgemeine Unwissen hin handelten, kann sich aber nicht entsinnen, daß sie das direkt gesagt haben.

Zeuge Brühl-Scheller war am 20. August mit Crustus zusammen. Er führte die 2. Kompanie. Crustus war schon an diesem Tage sehr niedergeschlagen und litt unter der Verbissung, daß er fallen würde. Er hat am 21. August nichts von dem erwähnten Befehl erfahren und ist auch sehr nicht bei der Versprechung mit General Stenger gewesen. An demselben Tage wurde er verwundet.

General Neubauer sagt über Major Müller noch aus, daß er still, schwer von Einschluß und von tiefer Gemüte war. Sein einziger Sohn ist in diesen Tagen schwer verwundet worden, was er am 24. August erfuhr. Es ist möglich, daß er nicht ganz klar in der Ausschaffung der Situation und im Entschluß war. Der Zeuge fordert in längeren Ausführungen, daß die Brigade im Kriegsanfang unter dem deprimierenden Eindruck stand, als Grenztruppe nicht angreifen zu dürfen, sondern sich zurückziehen zu müssen. Die starke Erbitterung der Truppen war erklärlich durch die Kampfweise der Franzosen, die in der Nacht die Truppen mit deutschen Zusuren und falschen Signalen zu täuschen wußten, um ihnen um so größere Verluste zuzufügen.

#### Gutachten der Berufe.

Dr. Sennau, Oberarzt der Irrenanstalt Itten bei Hannover, hat Crustus im Dezember 1918 behandelt. Crustus ist seiner Ansicht nach eine sehr labile Persönlichkeit, aber nicht als geisteskrank zu bezeichnen und für seine Handlungen verantwortlich, es sei denn, daß sich erhebliche Beeinflussungen seines Geistes nachweisen lassen. Bei den vorhergehenden Strapazen und Erlebnissen ist es erklärlich, daß er bei mangelhafter Konzentration und Aufmerksamkeit sich bei der Beobachtung eine gelegentliche Neuerung des Generals Stenger als Befehl selbst suggerierte.

Am 21. August bestand bei ihm eine vermindernde Zurechnungsfähigkeit in weitgehendem Maße, aber keine Geistesgeiste. Er hat in der kritischen Weitergabe des Befehls nicht schuldhaft gehandelt. Wenn ihm nachgewiesen werden könnte, selbst Verwundete getötet zu haben, wäre seine Schuldlosigkeit aber zu bezweifeln, da seine Zurechnungsfähigkeit nicht so weit gemindert war, um seine eigene Initiative zu beeinflussen. — Die freie Willensbestimmung war also am 21. August nicht ausgeschlossen. — Wenn es auch schwer ist zu sagen, wann der Moment des Ausschlusses der freien Willensbestimmung eingesetzt, so ist doch mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß Crustus schon in den frühen Nachmittagsstunden in einem so gestörten Geisteszustand gewesen ist, daß die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Für die Vormittagsstunden ist das aber zweifelhaft.

Prof. Baumé-Lipzig führt aus: Wenn ein psychopathischer aktiver Offizier selbst darauf bestand, wieder an die Front zu kommen, dann nützten die Vorstellungen auch der medizinischen Autoritäten nichts, wenn sie nicht eine schwere Geisteskrankheit handgreiflich nachweisen konnten. Damit erklärt er, daß Crustus trotz vielfacher Zusammenbrüche immer wieder an die Front kommen konnte.

Unter dem Einfluß einer Alkoholvergiftung hat Crustus im August nicht gehandelt. Es sind keine Tatsachen bekannt geworden, die am 21. August die freie Willensbestimmung ausgeschlossen. Am 26. August ist eine volle Unzurechnungsfähigkeit im Augenblick

des Verlassens der Kompanie zweifellos. Wie weit sie zeitlich nach rückwärts angenommen ist, ist sehr zweifelhaft. — Der Sachverständige begründet seine Aussage durch sehr eingehende längere Darlegungen.

#### Gutachten des militärischen Sachverständigen.

General Kühl: In allen Kriegen und Armeen sind Grausamkeiten vorgekommen, das sind Verfehlungen einzelner, die in Millionenheiten vorkommen müssen. Kein wehrloser Feind, der die Waffen gestreckt hat, darf getötet werden. Pardon darf nicht vorher sein verweigert werden.

Das sind aber nur allgemeine Richtlinien, die keine Gestaltung für alle Fälle haben, die im Kriege vorkommen können. Es kann einen Kriegsnotstand geben, wo man gezwungen ist, von dem Wortlaut dieser Bestimmungen abzugehen: Wenn es die Notwendigkeit der Erhaltung der eigenen Truppen verlangt, wenn der Kampfzweck gefährdet würde, wenn andre Mittel zur Bekämpfung der bestehenden Gefahr nicht vorliegen. Die militärische Kritik steht auf dem Standpunkt, daß man im Notfall über die geltenden Anschauungen hinwegsehen kann.

Kriegsnotstand ist zwar erlaubt, der Gegner muß aber die Gefahren derselben in den Kauf nehmen. Es müssen besondere Maßnahmen getroffen werden, um z. B. nicht die Gefechtsübermittlung gefährden zu lassen. Wenn man nicht die Möglichkeit hat, zu untersuchen, ob Verwundete noch bewußt sind, liegt in besonderen Fällen ein Notstand vor. Man kann also im äußersten Notfall wehrhafte Verwundete töten. Es ist aber nicht angängig, einen allgemeinen Befehl zu geben. Nach Lage der Dinge könnte Crustus zwar glauben, ein solcher Befehl sei berechtigt, aber die Ausführung des Befehls durfte nicht weiter gehen, als der Notstand vorhanden war.

Am 21. August lag nach Ansicht des Sachverständigen ein solcher Notstand jedoch nicht vor!

Es ist ihm öfter unvoraussehbar, daß General Stenger eine solche Anweisung gegeben hat, da alle Bedingungen dafür fehlten und Stenger außerordentliche Erfahrungen besaß.

Nur Männer mit starken Nerven bleiben in einem Waldesfecht ruhig. Wenn noch Feuer von hinten kommt, wird die Truppe völlig demoralisiert. Die Brigade mußte auch schließlich zurückziehen. Da war der Aufruhr Stengers an die Truppen unbedingt berechtigt! Wenn auch nur ein Maschinengewehr auf den Bäumen geblieben wäre, könnte bei einem Zurückgehen eine Katastrophen entstehen. Die Anweisung konnte keinesfalls ein allgemeiner Befehl sein, von heute ab keine Gefangene mehr zu machen oder gar schon Gefangene zu töten.

Die französischen Reitoursen hatten die Anweisung, keinen lebenden Feind in den Gräben hinter den Truppen zurückzulassen. Damit ist auf feindlicher Seite der Notstand anerkannt. Was bei uns nur Einzelfall war, ist dort über ein gesetzliches Befehl gewesen.

Das nachträgliche Töten von Gefangenen widerspricht allen Anschauungen im Heere und ich muß aufs schärfste davon abrücken. Es ist aber zu bedenken, daß Offiziere und Mannschaften im Kampf oft völlig den Verstand verloren. Wer mit stark erschöpften Nerven in ein Waldesfecht eintritt, muß zusammenbrechen.

Oberst Helfrich bestätigt ebenfalls, daß am 21. August die Lage nicht derart war, daß der Befehl gegeben werden konnte, sämtliche Verwundete zu töten.

#### Die Plaidoners.

Oberrechtsanwalt Ebermeyer spricht seine Überzeugung aus, das General Stenger am 21. August den Befehl nicht gegeben hat. Einzig Crustus behauptet es, während eine Anzahl Zeugen das Gegenteil auslegen. Er ist überzeugt, Stenger sei nicht der Mann, das Reichsgericht anzuzeigen, er würde den Mut der Überzeugung haben. Der Oberrechtsanwalt will zwar nicht an subjektive Unwahrheiten des Major Crustus glauben, denn er kann sich nicht denken, daß ein höherer deutscher Offizier so gemein sein sollte, um sich rein zu waschen, seinen früheren Kommandeur anzuhören, kann aber keine Brücke zwischen den beiden gegenüberliegenden Behauptungen finden. Seiner Ansicht nach hat aber Crustus objektiv die Unwahrheit gelagert. Er war aber im guten Glauben, aus dem Munde Stengers einen verarzten Befehl gehört zu haben. Es steht fest, daß auf direkten Anordnung von Crustus ein Verwundeter erschossen wurde. Ebenso steht fest, daß eine Reihe anderer Verwundeter von der Mannschaft erschossen wurden. Die Aussage des Zeugen Schmerber, daß Crustus auf verschiedene Verwundete mit dem Revolver geschossen habe, passt sich der Situation so gut an, daß sie glaubhaft erscheint.

Der Befehl, den Crustus als erhalten annahm, war ein rechtswidriger, wenn die Bestimmung der Haager Konvention auch nicht in allen Fällen Gültigkeit haben kann. Kriegsnotwendigkeit geht über Rechtsgesetz! Aus der Tatsache, daß die Wegnahme feindlichen Eigentums ausnahmsweise zulässig ist, schlüpfelt der Oberrechtsanwalt an Hand von Auslassungen juristischer Autoritäten, daß auch die Tötung Verwundeter eine Kriegsnotwendigkeit bestand aber am 21. August nicht.

Es mag für unser Rechtsempfinden, fährt der Oberrechtsanwalt fort, empörend und vernichtend sein, daß wir uns eigenen Leuten verurteilen müssen, während der Gegner es nicht tut. Das aber gehört nicht in den Gerichtssaal, sondern vor das Forum der Geschichte. Die Straftäglichkeit des Majors Crustus wird dadurch nicht berührt, um so weniger als eine Reihe Soldaten sich bewußt waren, daß der Befehl etwas Rechtswidriges verlangte.

Auch am 26. August ist es nach Ansicht des Oberrechtsanwalts ausgeschlossen, daß Stenger den Befehl gegeben hat, keine Gefangenen zu machen und Pardon weder zu geben noch zu fordern.

Im Falle Crustus nimmt der Ankläger mit den Sachverständigen an, daß ihm am ganzen Tage des 26. August die Zurechnungsfähigkeit mangelt. Er beantragt deshalb die Freisprechung wegen der Vorgänge an diesem Tage und für die Taten am 21. August unter Annahme mildernder Umstände eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis.

Die Verteidiger bitten um Freisprechung.

Nachdem sich

**Königs-Pavillon**  
Promenadenstr. 2. Fernruf 19271  
**Morel** Der Meister der Kette...  
Nach dem Roman: „Glanz u. Elend der Kurtisanen“ von Honoré de Balzac  
Aufsehen erregendes Detektiv- und Sitten-Drama voll  
hochdramatischer u. spannender Sensationen. Ferner Die hochkomische 2-Akter-Posse: Karlchen und Professor Steinach  
Sonntags 3½ Uhr und wochentags 6 Uhr Anfang

**Rasino-Lichtspiele**  
Neumarkt Fernruf 19950  
**Das Rote Haus**  
(Die geheimnisvollen Mächte der Opiumhöhle)  
Ungemein fesselndes Sensations-Drama aus dem Leben des Detektiven Phantomas

**5 Akte** **5 Akte**

**Henny Porten**  
in dem reizenden Lustspielschlager Agnes Arnaud und ihre drei Freier. 4 Akte.

**Palast-Theater, Gohlis** Die junge Mama. Lustspiel mit Eva May Das Erbe von Charlotten mit Bruno Kastner

Katalog gratis!  
Papier- Laternen m. Stab u. Licht zum Abscheiden, Ambrosie Artikel für Kinder- u. Sommerfestes in grösster Auswahl Komplette Tombolas stehen zur Ansicht bereit Gegenstände für Preisglocken und Preisschießen empfohlen

Heinrich Lintzmeyer Leipzig, Ellisenstraße 30, Telefon: 19245.

Industrie-Lack-Tarnis Kilo 10.00 m. alt. Farb., Lack, Tarnis milde Streichfertige Farben! Maschinenfarben Allegro 12.00 Gartenlaubfarben 15.00 Küchenmöbelfarben 15.00 Fußbodenfarben 17.00 Küchenmöbelfarben 17.00 Fensterfarben, weiß 18.00 Farbenanfert. 1. Wunsch entspr. Kreide, Leim, Zement Schellack, Politur u. Feist Rödelstraße 12 Straßenb. 1 u. 8.

Lapeten Rolle 1.— Borte Meter 5.— Waschlust prima 35.— Gläsernr. 34. Ede Körnerle, kein Laden! —

Haut-, Geschlechts- u. Hornleid., ova. nero. Schwäche behaftet. Dr. med. Dörl. nicht approbiert. Mittal. naturstoff. Gesellschaft Leipzig, Kurortstr. 5. Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. —

Bücher aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung vorliebst durch unsere Buchhandlung. Wenn Gewünschtes nicht auf Lager ist, wird es labelliert bestellt. Die Filialen und die Aussträger der Volkszeitungnehmen Bestellung entgegen. Ferner Zeitschriften werden auch regelmäßig nach Erscheinung, angeliefert. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Wettelfahrs die Neubesetzungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Wettelfahrs von uns rechtzeitig augekauft werden können.

Leipziger Buchdruckerei

Altengesellschaft Abteil. Buchhandlung Hauptgebäude: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Filialen:

Volkshaus Leipzig, Seitzerstr. Leipzig-Ost, Elisabethstraße 19. Lindenau, Odermannstr. 1. Klingnau, Weihenfellerstr. 2. Leipziger, Dienststr. 2. Schonefeld, Stett. Str. 81. Thonberg, Reichenstr. 2. Stötteritz, Ferd.-Jost-Str. 2. Connewitz, Bornaische Str. 2. Höhne, Lindenbauerstr. 2. Eutritzh., Magdalenenstr. Leipziger, Hauptstr. 87. Böhlig-Ehrenb., Wettinerstr.

Preisabbau

Elegante Homespun-Pepita-Anzüge Beste Stoffe, feinste Verarbeitung Preis nur 470 Mk.

Käthe Thieme Sporengürtelchen 10, I. Et. kein Laden, daherüberholt billig.

**Goldner Adler, Li.**  
Morgen  
**Mittwochs-Ball.** Telephon 43127.

**Jicht-U.T. Spiel**  
JMKÜNZEL  
Nur noch bis Mittwoch!  
**Die Liebschaft der Marquise di Padilla**  
7 7 Ein wunderbares Sittengemälde aus mexikan. Kaiserzeit Maximilians um 1860 spannende Kapitel Ausserdem Eva wo bist du? Lustige Pensionsgeschichte in 3 Akten Durchnag Anfang 4 Uhr Riebeckbräu

Donnerstag Uraufführung in ganz Deutschland! Der mit grosser Spannung erwartete Monumentalfilm der Sächs. Kunst-Film-A.-G. Leipzig „Die Beute der Erinnen“ oder Aus Rache z. Mädchenhändler 7 Akte Schon bei der Probe-Sonder-Vorstellung Donnerstag, 30.8. bei überfüllt. Theatergrösster Erfolg! Wird lange Zeit das Tagegespräch von Leipzig sein

Im Herzen der Stadt

**U.T.**  
L.-Connewitz  
Pegauer Strasse 12 a am Kreuz.  
Ab heute! Dienstag, Mittwoch, Donnerstag Der II. Teil des tollkühnen Abenteuers Harry Piel Der Reiter ohne Kopf. Die geheimnisvolle Macht Graffin. ausgedachte Akt Ferner Beiprogramm: Ein reizendes Lustspiel. Die Aufnahmen zu dem 18akigen Film Der Reiter ohne Kopf wurden in der Alberthalle aufgenommen. Einl. 5.30. Beg. pünktl. 6 Uhr. Ständig Zutritt. Das beliebte U.T.-Quartett.

**FILMPALAST**  
L.-Lindenau, Gundorfer Str. 31. Tel. 43271  
Vom Dienstag bis Freitag:

**Die Dreizehn aus Stahl**

Riesen-Abenteuerfilm in 6 Akten mit Carl de Vogt. Spieldauer 2 Stunden. Spannende u. fesselnde Handlung von Anfang bis Ende.

**Der Schwarm der höheren Töchter**  
Ein ganz tolles Lustspiel in 3 Akten.

# Saison-Ausverkauf

## Herren-Anzüge

statt M	278.—	315.—	395.—	480.—	525.—	595.—
jetzt M	<b>175.-</b>	<b>245.-</b>	<b>310.-</b>	<b>370.-</b>	<b>395.-</b>	<b>485.-</b>

## Herren-Anzüge

statt M	630.—	660.—	690.—	730.—	875.—	975.—
jetzt M	<b>520.-</b>	<b>530.-</b>	<b>540.-</b>	<b>610.-</b>	<b>675.-</b>	<b>775.-</b>

**Schlüpfer und Paletots**  
sonst M 285.— 340.— 450.— 640.— 780.— 975.—  
jetzt M **245.-** **280.-** **340.-** **490.-** **570.-** **760.-**

## Herren-Hosen

M	17.-	25.-	39.-	47.-	62.-	69.-	76.-	80.-	89.-
	98.-	115.-	135.-	bis 205.-					

## Tennis- u. Strand-Anzüge

gelb kaki und weiss-blau gestreift	206.-	224.-	240.-	375.-
aus reinwollinem Tennisflanell, hellgrau oder weiss mit feinen Streifen				695.-

<b>Wasch-Joppen</b> von M 49.- an	<b>Lüstre-Sakkos</b> von M 89.- an	<b>Loden-Joppen</b> von M 85.- an
<b>Westen</b> von M 30.- an	<b>Knaben-Anzüge</b> von M 39.- an	<b>Knaben-Joppen</b> von M 31.- an
<b>Leibchen-Hosen</b> von M 13.- an	<b>Knie-Hosen</b> von M 23.- an	<b>Jünglings-Anzüge</b> von M 100.- an

**Friedrich Treumann**  
Markthallenstrasse LEIPZIG Rossplatz 1

Wochentags Eintritt 4½, Anfang 5, Ende 10½ Uhr  
Sonntags Eintritt 3, Anfang 3½, Ende 10½ Uhr

## Wintergarten

Eilenbahnstraße 56 Fernruf 18195/08

## Die stärkere Macht

Gewaltiges Sittenbild in 7 Akten mit Maria Jelenka, Colette Corde.

Sie konnten zusammen nicht kommen!

Lustspiel in 3 Akten mit Hans Dege, Gerhard Dammann.

## Sportfilm 2. Teil

Nur für Erwachsene über 18 Jahre.



Krystall-Palast

11 Akte Nur noch bis Donnerstag!

Zwei grosse erstklassige Detektiv-Schlager

## Das Land der Finsternis

Abenteuerfilm in 6 atemberaubenden Akten. In der Hauptrolle die beliebte dänische Sensationsdarstellerin

**Emilie Sannom** genannt **Panopta.**

Ausserdem:

## Nat Pinkerton im Kampf

**Diebesfallen**

Detektivfilm in 5 spannenden Akten. Versäumen Sie nicht, sich dieses fabelhaften Programms anzusehen.

Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.

11 Akte 11 Akte

## Lindenfels

Karl-Heine-Strasse 50 Fernruf 18195/08

## Eva Man

im Lustspiel in 5 Akten

## Die junge Mama.

## Mann über Bord

Drama in 4 Akten mit Grit Hegesa, Alfred Abel.

Pillnitz bei Dresden — Naturausnahmen.

Und der übrige Spielplan.

Nur für Erwachsene über 18 Jahre.



**Zuban Zigaretten**  
nur aus reinen edlen Orienttabaken



## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Juli.

## Parteiangelegenheiten.

## Parteileitung.

Donnerstag, 7. Juli, abends 1/2 Uhr, Sitzung der Parteileitung in der Volkszeitung, Tauchaer Straße 19/21. Pünktlich erscheinen.  
Begleitrede der USP. Leipzig.

## Stadtverordnetenfraktion.

Mittwoch, abends 1/2 Uhr, Besprechung im Rathaus, Zimmer 300.

**Warnung vor einer Schwindlerin!** Eine Betrügerin braucht unter Partei, indem sie angibt, eine nahe Verwandte der Genossin Frau Agnes (Düsseldorf) zu sein. Während der Fahrt ist ihr Geld und Fahrtgeld gestohlen worden, so dass sie augenscheinlich mittellos dastehe. Da die Betrügerin die Verhältnisse der Genossin Agnes sehr gut kennt, hat sie Erfolg in Leipzig gehabt. Dasselbe Manöver ist ihr in Düsseldorf und Elberfeld geglückt. Nachfragen haben ergeben, dass die Person nur auf Betrugerei ausgeht. Wir warnen alle Genossen.

**Anger.** Mittwoch, abends 1/2 Uhr, Funktionärsitzung bei Vand, Bernhardstraße 26.

**Reudnik.** Funktionärsitzung Donnerstag, 7. Juli, abends 8 Uhr, wichtige Sitzung bei Weishmann, Rathausstraße.

**Ottoverein Sommerfeld, Engelsdorf, Baalsdorf.** Mittwoch, 6. Juli, abends 8 Uhr, Frauenabend im Böhmerwald. Genosse Schmidt spricht über die Rechte und Pflichten der Frau im politischen Leben. Auch Nichtmitglieder werden hiermit freundlich eingeladen.

**Thonberg-Neureudnitz.** Funktionärsitzung Heute abend von 6 Uhr an in der Bibliothek Flüglätter abholen.

**Gohlis!** Kinder nachmittag jeden Mittwoch. Treffpunkt 4 Uhr vor dem Niara-Ausschank, Eisbachtstraße.

**Connemah-Löhrnig.** Die Bibliothek ist während der Ferien wegen Renovation geschlossen. Alle Bücher sind sofort abzuleihen.

**Dößsch-Gaußsch.** Heute abend 1/2 Uhr (vor der Versammlung) Funktionärsitzung im Alten Gasthof.

**Gewerkschaften.** Donnerstag, 7. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung in Kartell, Zimmer 104. Betrifft die Angabe der im Volkshaus vertretenen Vereineinrichtungen. Es wird erachtet, hierzu einen Vertreter zu entsenden.

**Elterninnen der Kinderspiele** treffen sich Donnerstag, 7. Juli, abends 1/2 Uhr, im Jugendheim, Braustraße 17.

**USP-Elternabend des Südbegriffs.** 5.—8.— und 54. Volksschule, Donnerstag, abends 1/2 Uhr, Sitzung in der Bibliothek, Dößschstraße 18. Zu dieser Sitzung sind auch die Erwachsenen einzuladen.

## Der arme Konrad.

Am Sonntag, dem 3. Juli, fand im Volkshaus eine Zusammenkunft der Gewerkschaftsgenossinnen und Genossen statt, die an der Massenausführung zum Gewerkschaftsfest mitwirkten wollten. Hierzu wurde die Handlung, die in vorsenden Bildern und Szenen dargestellt werden soll, Es ist wiederum ein Abschnitt aus der Revolutionsgeschichte. Während im vorigen Jahre der Sozialauftand den Stoff ist, es diesmal der Aufstand der württembergischen Bauern 1514 gegen ihre Unterdrücker Adel, Klerus und Rechtsverbrecher, bekannt unter dem Namen "Der arme Konrad". Alle Anwesenden verlieherten ihm Unterstützung. Am Donnerstag, dem 7. Juli 1921, abends 7 Uhr, findet im Pantheon, Dresdenstraße, die nächste Zusammenkunft statt. Am Freitag beginnen die ersten Proben. Durch Einteilung in Gruppen wird eine starke Inanspruchnahme der Mitwirkenden vermieden, da die einzelnen Gruppen immer nur abwechselnd proben. An alle Gewerkschaftsgenossinnen und Genossen, ob alt oder jung, ergeht die Aufforderung mitzuhelfen an der künstlerischen Ausgestaltung des Festes. Alle, die bereit sind mitzuwirken, müssen deshalb am Donnerstag, dem 7. Juli, abends 7 Uhr, im Pantheon erscheinen.

## Die Prostitution und ihre Überwachung in Leipzig.

Die Prostitution ist auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln entstanden. In den Zeiten des Uralcommunismus gab es nicht die heutige Familienform, die Ehe. Diese kam erst auf, als das Privateigentum den Mann verlor, der Frau den Umgang mit andern Männern zu unterlassen, damit sein Eigentum an seine legitimen Erben, an seine Kinder übergehen konnte. Das Privateigentum brachte die Frau unter die Herrschaft des Mannes. Dieser achtete darauf, dass die Frau ihm die eheliche Treue hieß. Er selbst glaubte, er brauche die Frau gegenüber diese Pflicht nicht zu erfüllen.

Mit dem Privateigentum zusammen kam auch allmählich der Zustand aus, dass Frauen (und auch männliche Personen!) ihren Körper zum Geschlechtsgenuss wirtschaftlicher Vorteile wegen hinließen. Die Prostitution gab es in den antiken Staaten; sie war im Mittelalter, wo sie bereits reglementiert und überwacht wurde, und sie bestehet im kapitalistischen Zeitalter. Verschwinden wird sie erst langsam, wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln gesellschaftliches Eigentum geworden ist, wenn auf dem Boden wirtschaftlicher Gleichheit wirtschaftliche Gleichberechtigung von Mann und Frau vorhanden sein wird.

Zur Überwachung der Prostitution ist in den größeren Städten eine sogenannte Sittenpolizei eingerichtet. Die Vertreter der Leipziger Presse unternahmen am Montagnachmittag unter Führung des Herren Polizeirat Dr. Funke eine Besichtigung dieser Einrichtungen, die vor allem die Schäden der Prostitution möglichst einzämmen sollen. Auf dem Gebiet der Reglementierung der Prostitution unterscheidet man die Kafenerierung, die Bordellierung und die Einzelwohnung. Eine Anzahl Prostituiert er hält ihre Wohnungen rein und benutzt gewisse Abstellquartiere. Bremen hat die "Kafenerierung". Hier sind die Prostituierten in einer bestimmten Straße, die keinen öffentlichen Verkehr hat, in 24 Häusern untergebracht. In jedem dieser Gebäude sind drei Wohnungen, in denen die Prostituierten völlig selbstständig sind. Sie brauchen nur die Miete zu bezahlen. In Leipzig besteht die Bordellierung. Obwohl nach § 180 des Strafgesetzbuches die Bordelle verboten werden müssten, werden sie gebaut. Leipzig hat 35 Bordelle. Das Stadtverordnetenkollegium wünscht bestmöglich ihren Abbau. Die Prostituierten zahlen täglich an Pension 40 Pf. Andre wirtschaftliche Vorteile soll die Bordellinhaberin nicht haben, doch diese Vorschrift wird nicht immer eingehalten. Ein Ausschank in den Bordellen ist untersagt. Doch er findet statt, und auch sieht die Polizei nicht die Erschöpfung der Bordellinhaberinnen gewahrt. Mit ihm sollte man aber risikofrei austreuen. Das Zuhälterwesen ist in den Bordellen wenig verbreitet; dagegen ist es mehr zu finden bei den Prostituierten, die allein wohnen und auf die Straße gehen. Bis vor etwa neun Jahren war in Leipzig bei der Überwachung der Prostituierten allein der polizeiliche Strafrechtliche Charakter maßgebend. Heute geschieht sie mehr vom sanitär-sozialen Standpunkt. Sie nimmt Rücksicht

auf die Individualität, auf die familiären, wirtschaftlichen, sozialen Verhältnisse. Jugendliche, die auf Abwege geraten, kommen unter die Kontrolle. Sie werden zuerst verwarnet. Erst wenn Unverbesserlichkeit feststeht, wird die Fürsorgeziehung vom Gesundheitsamt eingeleitet. Die minderjährigen im Alter von 18 bis 27 Jahren werden grundsätzlich auch nicht der Kontrolle unterstellt. Gegen sie geht man zuerst mit einem Verweis, dann mit einer Haftstrafe vor, wobei noch eine Bewährungsfrist gewährt wird. Bei Erwachsenen kommt auch zuerst eine Haftstrafe mit Bewährungsfrist. Erst bei dauernder Erwerbsmängelheit kommt die Unterstellung unter die Kontrolle. In der Sittenabteilung sind 50 Personen tätig, darunter drei Polizeiväter, drei Polizeiaudientinnen, 20 Beamte versehen den Aufsendienst. Vor allem ist man bemüht, den Prostituierten wieder Erwerbsarbeit zu verschaffen, wozu eine Arbeitsvermittlung eingerichtet ist. Im Jahre 1920 waren über 3000 Zuführungen zu verzeichnen; es wurden 1101 Strafverfügungen erlassen, und es wurde auf 4886 Tage Haft und auf über 17 000 Pf. Geldstrafe erkannt. 1600 Anzeigen liefern ein, darunter über 800 allein wegen Übertritt der Polizeistunde. Am Ende des Jahres 1920 gab es 228 der Kontrolle unterstellte Prostituierte. Die Polizeisprache nennt sie einfach die Unterstellten. Jetzt ist die Zahl auf 205 zurückgegangen. Davon befinden sich 155 in den 35 Bordellen, 40 in Privatwohnungen und 10 im Krankenhaus. Im Jahre 1920 hatte die Stadt Leipzig bei 70 000 Einwohnern 305 "Unterstellte". Von den 274, die im letzten Jahre neu unter die Kontrolle kamen, waren nach Berufen gegliedert:

- 41 Kellnerinnen,
- 45 Dienstmädchen,
- 72 Arbeiterinnen,
- 24 Auswärterinnen,
- 36 Näherrinnen,
- 14 Verkäuferinnen,
- 21 Kontrollistinnen,
- 18 Wirtschafterinnen,
- 23 Angehörige anderer Berufe.

126 gingen in ein Arbeitsverhältnis, neun verheirateten sich. In ärztlichen Untersuchungen wurden 13 663 vorgenommen. Die Prostituierten müssen sich jede Woche untersuchen lassen, wozu im Polizeiamt die erforderlichen Räume vorhanden sind. Es wird über sie sowie über die Zuhälter eine genaue Registratur geführt. Wer für frank befunden wird (es wurden allein 170 Fälle an Syphilis festgestellt) kommt ins Krankenhaus. Die Prostituierten haben ihre Krankenkasse; der wöchentliche Beitrag ist acht Pfund. Es sind eine Menge Vorschriften erlassen worden, die von den Prostituierten befolgt werden müssen. Darunter befinden sich auch Bestimmungen, die längst veraltet sind. Gewisse Straßen und Plätze sind für sie gesperrt, und wenn sie sie doch aufsuchen müssen, soll ihre "Gangart raus" sein. Bei der jüngsten Umgestaltung des Polizeiwesens wird man hoffentlich auf diesem Gebiete ebenfalls umfassend Neuerungen treffen. Die lebhafte Sittenpolizei soll in drei Teile zerlegt werden. Die Verbrechen und Vergehen werden der Kriminalpolizei, die Übertragungen der Sicherheitspolizei und die Unterstellungen der Wohlbehörde zufallen.

Das Polizeigesetz ist, das ebenfalls beschäftigt wurde, hat 72 Zellen, darunter 20 für Frauen, die in der vierten Etage untergebracht werden. Es sind Einzel- und Gemeinschaftszellen. Das Gefängnis kann 130 Personen aufnehmen. Im Winter war es voll belegt. Da haben sogar mitunter in die kleinen Zellen zwei und in die großen bis zehn Männer untergebracht werden müssen. Jetzt ist das Gefängnis im Durchschnitt mit 30 Insassen belegt. Im Jahre 1920 sind insgesamt 12 553 Personen, darunter 705 Frauen und 1518 Jugendliche unter 18 Jahren eingeliefert worden. In dem Gefängnis werden die kurzfristigen Haftstrafen verblieben; außerdem dient es bei schweren Vergangen und Verbrechen im ersten Stadium des Verfahrens als Untersuchungsgefängnis. Die Zellen enthalten einen Tisch nebst Sitzgelegenheit, ein Bett und ein Innenlosett. Da die Fenster nicht durchsichtiges Glas haben, ist das Licht gedämpft. Es sind Badevorrichtungen nebst Entlausungsapparat vorhanden. Die Kosten ist schmal. Es gibt wohl die gelegentliche Brotration, aber die reicht tatsächlich nicht aus. Dazu wird verabschiedet: morgens Kaffee, mittags ein Liter Essen und abends eine Suppe, die "dick eingekocht" sein soll, wie uns versichert wurde.

Mit der Besichtigung am Montag ist der Rundgang der Presse durch das Polizeiamt beendet.

## Die Gaukonferenz der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands

fand am 26. Juni d. J. in Leipzig im Volkshaus statt. Anwesend waren 40 Delegierte der verschiedenen Ortsgruppen sowie ein Vorstandsmitglied der Zentralleitung und Vertreter vom Gewerkschaftsbüro und Parteisekretariat und ein Vertreter vom Zentralausschussverband der Ortsgruppe Leipzig. Die Tagesordnung lautete: 1. Berichterstattung; 2. Anträge; 3. Kreisleitung und Referentenfrage; 4. Kostenbedeckung; 5. Kassenbericht; 6. Neuwahl des Gauvorstandes; 7. Verschiedenes. — Zum ersten Punkt gab der stellvertretende Gauleiter einen Bericht über die Tätigkeit und Entwicklung des Gauvorstandes, auch teilte er mit, dass sich 70 Ortsgruppen unter Organisation im Freistaat Sachsen befinden und dass sich die Bewegung immer noch entwickelt. Über die gepflanzten Handlungen mit der Reichsregierung und den verschwundenen Reichsministern gab der Verbandsvorsitzende Genosse Lüttichburg ausführlichen Bericht, schied aber gleich vor aus, dass die lebhafte Reichsregierung für die Arbeitsinvaliden sehr wenig Interesse und Gehör hat. Darum ist es sehr schwer, die aufgestellten Forderungen durchzudrücken. Deshalb mussten wir uns, soweit die Forderungen auf Sicherstellung eines Existenzminimums, Verbesserung der traurigen Rentenzahlung in Betracht kommen, an die linksstehenden Parteien des Reichstags wenden, von denen uns Unterstützung zugesichert wurde, während die rechtsstehenden Parteien wenig Interesse für uns übrig haben.

Die Erfüllung der Forderung von 20 Mill. Mark zur Arbeitsbeschaffung für Erwerbsbeschädigte ist uns vom Reichsministerium zu gesichert worden. Ebenfalls soll der Gesetzentwurf bezüglich Einstellung Schwerkrankenbeschädigter auch fürs Zivil-Schwerbeschädigte in Geltung treten. Die Forderung auf Stellung von Beiträgen aus Vertretern der Arbeitnehmerempfänger in den Reichsbeirat ist von der Regierung abgelehnt worden. Die Bekämpfung und Stellung von Beiträgen aus unseren Kreisen in die örtlichen Kreisräte für Schwerkrankenbeschädigte ist uns zugesprochen worden, ebenso wie bei der Ausarbeitung von Entwürfen zur neuen R. V. O. sollen von uns Vertreter mit herangezogen werden. Dann ist uns noch verlossen worden, dass den Zivil-Schwerbeschädigten, die infolge schwerer Sehnschwäche schlecht gehen können, genau die Vorteile und Vergünstigungen bei der Eisenbahn genährt werden sollen, wie den Schwerkrankenbeschädigten. Unsere Forderung verlangt, für alle erwerbsfähigen Arbeitnehmerempfänger den halben Fahrpreis festzulegen, dem nicht stattgegeben wurde. Der Verbandsvorsitzende teilt noch mit, dass mit Vertretern der Generalkommission (des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) längere Aussprachen und Verhandlungen in Berlin stattgefunden haben, um uns in jeder Art und Weise zur Besserstellung unserer Verhältnisse zu verhelfen und zu unterstützen, was uns auch angekündigt worden ist.

Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Es sind eine ausgiebige Aussprache statt, woran sich auch der Vertreter

des hiesigen Gewerkschaftsbüros beteiligte und uns Entgegenkommen und Mitarbeit zusicherte, wie es so viele Ortsaristie in den verschiedenen Städten bereits tun. In seinem Schlusswort teilte der Verbandsvorsitzende noch mit, dass von unsern Vertretern vom Reichsministerium die baldige Auskunft verlangt würde, wie es sich zur Sicherstellung eines Existenzminimums und gesetzlichen Fürsorgemaßnahmen für Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands stellt, und was für gesetzmäßige Maßnahmen es zu treffen gedenkt.

Da annähernd 40 Anträge eingegangen waren, die Tagung über an einem Tage beendet werden mußte, wurde beschlossen, die Anträge zur Begutachtung und Bearbeitung einer fünftägigen Kommission zu übergeben, die gewählt wurde und sofort in Tätigkeit trat, um nach genauer Durchsicht die für gut befundenen Anträge der Konferenz zur Annahme vorschlagen.

Aus dem Bericht des Gaulokalisters war zu entnehmen, dass die finanziellen Kassenverhältnisse des Gaues nicht so günstig sind. Die anwesenden Delegierten wurden ermahnt, in ihren Ortsgruppen dafür zu sorgen, dass die abzuliefernden Gaueldner in Zukunft pünktlicher eintreffen, um existenzfähig zu werden. Die meisten Arbeiten in unserer Bewegung werden ehrenamtlich ausgeführt.

Die Wahl des Gauvorstandes ergab folgendes Resultat: Genosse Kriebel als 1. Vorsitzenden, Genosse Junke als Kassierer, ferner die Genossen Gähler, Fischer und Möbius. Der Antrag, den Gauvorstand unter Zusicherung der schon bestehenden Kreisleiter zu erweitern, wurde einstimmig angenommen. In die Revisionskommission wurden folgende Genossen einstimmig gewählt: Röttger (als Obmann), Schuler und Köhler. Ersterer hat Sitz und Stimme in dem erweiterten Gauvorstand, während die beiden letzten zum erweiterten Gauvorstand gehören und bei Sitzungen berangesehen werden sollen. Der Vorschlag, die Kreisleiter, Referenten- und Rechtschutzfrage dem erweiterten Gauvorstand zur Ausarbeitung zu überlassen, wurde angenommen. Ebenfalls gelangte der Antrag zur Annahme, die Ortsgruppen der einzelnen Kreise festzustellen und bei der Gauleitung die Referenten zu benennen, da sie auf Kosten der Kreisleitung zu stellen sind. Es stand noch folgende Resolution einstimmig:

"Die heutige Gaukonferenz des Freistaats Sachsen des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands fordert die sofortige Übernahme der gesamten sozialen Fürsorge auf das Reich, sowie Schaffung eines Reichsversorgungsgesetzes für alle erwerbsfähigen und invaliden Deutschen mit gleichen Rechten."

Der Steinhausen am Süßriedhofe bildete am vergangenen Sonnabend vormittags den Ort einer gegenrevolutionären Kundgebung. Aus Anlass des 30-jährigen Jubiläums des Leipziger Männerchor hatte der sogenannte Deutsche Patriotenbund eine Gedächtnissfeier für die gefallenen "Opfer des Kapitalismus" veranstaltet. In Wirklichkeit aber war es weiter nichts als eine nationalistische Propaganda. Gleich beim Eintritt in die Kapelle grüßte den Besucher die schwärze-weiß-rote Trikolore der Deutschnationalen. Ein Farber sprach von Fahnenflucht, Gottvertrauen und von verschiedenen anderen nationalen Dingen. Er meinte, nur durch das Gottvertrauen könne das Volksbewusstsein des deutschen Volkes wieder auferweckt werden. Das Publikum sang Deutschland, Deutschland über alles, natürlich entblößt. Man sieht an diesem Beispiel, wie die Reaktion jede Gelegenheit wahrnimmt, um sich die Gegenrevolution zu wenden.

Unsere Heizanlagen im Sommer. Vom Landeskohlenamt wird uns geklebt: Der Ofen steht jetzt vergessen in der Ecke und der Heizkessel vereinsamt im Keller. Erst wenn die kalten Herbsttage kommen, erinnert man sich wieder der Wärmedespender und nimmt sie in dem Zustande in Gebrauch, in dem man sie zur Ruhe gesetzt hat. Man über sieht dabei, dass auch Heizanlagen einer natürlichen Abnutzung unterworfen sind und dass sie bei sechsmonatigem angestrengtem Gebrauch während des Winters mancherlei Schäden erlitten haben. Aber auch wenn die Haushalte bemerkt haben, dass Reparaturen notwendig sind, so scheut sie die Ausgaben dafür und die Ofen und Kessel werden im Herbst in dem gleichen Zustand wieder angefeuert. Die heutigen hohen Brennstoffkosten zwingen jeden, mit Holzmaterial zu sparen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist aber der gebrauchsartige Ofen und Heizungstiegel. Beschädigte Rosse und Feuerräume, schlecht schlitzende Feuer- und Aschen türen u. a. Unidichten, schadhaft gewordene Alte usw. sind wahre Brennstoffressen. Hier soll man nicht am falschen Ort sparen! Die entstehenden Reparaturkosten werden ganz sicher durch geringeren Brennstoffaufwand mehrfach abgezahlt. Es liegt im Interesse eines jeden Haushaltes, sichtbar gewordene Schäden und im Winter bemerkte Störungen von sachkundiger Seite jetzt beheben zu lassen.

Eitererversammlung. 18. Volksschule. Mittwoch, den 6. Juli, abends 1/2 Uhr. Schulsaal. 1. Aus dem Leben unserer Kleinen: Lieder und Vorträge. 2. Moderner Elementarunterricht (Lehrer Feuer).

3. Volksschule. Arbeiterväter! Erscheint in der am 6. Juli, abends 1/2 Uhr, stattfindenden Versammlung recht zahlreich. Es gibt eine starke Kundgebung gegen die parteiliche Geschäftsführung des Elternratvorstandes zu veranstalten. Dieser Herr teilt lediglich Schriftwechsel zwischen Schule und Elternrat erst dem Christlichen Elternverein mit, ohne dass der Elternrat darüber beraten hat. Dies kann sich natürlich die Elternschaft nicht bieten lassen. Es sei jedoch sehr treffend, dass diese Leute ihre Vertrauensposten nur benutzen, um gegen den Fortschritt zu kämpfen.

Straßenbahnausweise für Schwerkrankenbeschädigte. Trotz der wiederholten Bekanntmachungen des Kreisamtes, über die Verlängerung der Straßenbahnausweise für Schwerkrankenbeschädigte, haben diese Beschädigten nicht allenhalben die vorgeschriebene Zeit eingehalten. In Zukunft wird die Verlängerung der Ausweise nur noch Dienstage und Sonntags von 7—8 Uhr in den Haltestellen des Kreisamtes für Kreisfürsorge in Leipzig, Nikolaiplatz 11, I., vorgenommen.

Der Hilfsbund der deutschen Flüchtlinge aus den besetzten Ostgebieten hat, wie man uns mitteilt, in den Räumen des Deutschen Schuhbundes, Petrusstraße 28/28, Hof links, 2 Treppe, eine Beratungsstelle eingerichtet, die am Dienstag und Freitag von 1—3 Uhr mittags geöffnet ist. Dabei wird in allen Fragen, die für Flüchtlinge aus den Ostgebieten von Wichtigkeit sind, unentbehrlich Rat erteilt.

Die 9 städtischen Speiseanstalten haben im Monat Juni im ganzen 63 298 Mahlzeiten verabreicht gegenüber 59 102 im Monat zuvor.

Die Mieter der Gemeinnützigen Baugesellschaft in Lößnig nehmen heute abend 8 Uhr im Stern Stellung zu der angekündigten Mietverzehrung. Die Bedeutung der Gemeinnützigen Baugesellschaft für das Leipziger Wohnungswesen erfordert die Stellungnahme aller Mieter.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig. Mittwoch, den 6. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus, zweite Bundesprobe für Männerchor. Die Ausschreibung beginnt pünktlich 1/2 Uhr. Die tägliche Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Auszubildenden. Sonntags proben die gemischten Chöre in Großlößnitz im Galath zum Trompeten, die Männerchor im Gasthof Windorf pünktlich 1 Uhr.



nehmer hingewirkt, in der Zentralarbeitsgemeinschaft soll dringend die Forderung nach gleichem Lohn bei gleicher Arbeit für Männer und Frauen gestellt werden. Der Vorstand soll dem Mehrstuhlsystem und seinen Auswirkungen größte Aufmerksamkeit widmen. Ein Antrag, eine Reihe scharfer Artikel des „Textilarbeiters“ gegen die Kommunisten zu missbilligen, wurde abgelehnt, der andere Teil des Antrages, im Fachblatt mehr als bisher den fachtechnischen Fragen Rechnung zu tragen, angenommen. Die Versammlungsberichte sollen aufs angängigste beschränkt werden, zugunsten volkswirtschaftlicher und sonstiger wissenschaftlicher Artikel, sowie einer sogenannten „Frauenrede“, dem „Textilarbeiter“ soll eine der Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Textilindustrie dienende Monatshefte beigelegt werden. Eine Anzahl anderer Anträge, die sich beziehen auf Bildungswesen, Verwaltungsfragen, Tarifwesen und Erklärung des 1. Mai und 9. November zu gesetzlichen Feiertagen, wurde dem Vorstand zur Beschlussfassung überwiesen.

Zu seinem dann folgenden großen Referat: „Der gewerkschaftliche Kampf und die Politik der Gewerkschaften“ hatte der Referent Jäckel (Vorstand) folgende Richtlinien vorgelegt, die seine grundähnliche Stellung und den Charakter seiner Ausführungen kennzeichnen:

Der Verbandsstag erkennt als Ziel der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen Befreiung des Systems der Lohnarbeit und Erziehung durch sozialistische Wirtschaft. Dieses Ziel wird sich durchsetzen auf dem Wege organischer Wirtschaftsentwicklung und kann somit nur Resultat eines im demokratischen Staat sich vollziehenden Prozesses sein. Voraussetzung für die ungehinderte und schnelle Entwicklung dieses Prozesses ist die Eröffnung der politischen Macht durch die Gesamtheit des organisierten Proletariats und dessen intensivster Betätigung im Klassenkampf. Die Betätigung wird erreicht durch Gewinnung der Herzen und Hirne aller Arbeiter und Arbeitertünn, ihrer Erhebung zur klaren Erkenntnis der Geheime ökonomischen Werdens und des wissenschaftlichen Sozialismus.

Der Verbandsstag lehnt die Anwendung physischer Gewalt im politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf als Mittel des Angriffs ab. Er steht auf dem Boden parteiloser Neutralität und lehnt es ab, sich unter das Diktum der kommunistischen oder irgendeiner andern Partei zu stellen.

Dergleichen lehnt er auch die von der kommunistischen Partei propagierte Zellen- oder Fraktionsbildung ab. Er erhält in ihr die Schaffung einer Sonderorganisation im Rahmen des Verbandes, die mit Notwendigkeit — auch wenn das nicht beabsichtigt ist — seine Zersetzung, die Zerrüttung der einheitlichen Textilarbeiterbewegung und die Schwächung ihrer Stoffkraft im Kampf gegen den gemeinsamen Feind bewirkt.“

Der Verbandsstag verwirft mit aller Entschiedenheit die von den Kommunisten angewandten Kampfsmethoden, ihre Taktik, ihre Auffassung von Wesen der Proletarierbewegung und der proletarischen Revolution.

Er garantiert den Anhängern aller politischen Parteien, auch den Anhängern der kommunistischen Partei, völlige Freiheit der Meinungsäußerung im Rahmen der Organisation und unter Berücksichtigung der vom Verband sich selbst gegebenen Gelehrte, erwartet deshalb auch von den Anhängern der kommunistischen Partei unbedingte Anerkennung der Geschehe und bedingungslose Unterwerfung unter die von der großen Mehrheit der Generalversammlung gefassten Beschlüsse.

Der Vorstand des Verbandes wird beauftragt, in schärfster Weise über die Durchführung und Beachtung dieser Beschlüsse und Geschehe durch alle Verbandsangehörigen zu wachen, auf das Strengste um die Einheit und Geschlossenheit des Textilarbeiter-Kampfes besorgt zu sein und mit allen im Statut gegebenen Mitteln einsatzlos gegen widerstrebende Elemente vorzugehen.“

Der Verbandsstag erhält in der gewaltsamen Unterbrechung des Produktions- und Arbeitsprozesses der kapitalistischen Wirtschaft mittels kollektiver Verweigerung der Arbeitskraft eines der revolutionären Kampfsmittels des Proletariats zum Zwecke der proletarischen Machtübernahme und der Umgestaltung der Arbeits-Organisation. Dieses Mittel darf nicht leichtfertig angewandt werden.“

Er sieht in der Anwendung dieses Kampfsmittels durch den ADGB beim Kapp-Putsch einen Fortschritt, der zum Teil auf die Wertschätzung des Deutschen Textilarbeiter-Verbands zurückzuführen ist. Es wird vom ADGB erwartet, daß der politische Massenkreis angewandt wird, sobald das Interesse der Arbeiterschaft und der Revolution es erfordert.“

Referat wie Rude waren wohl geeignet, die Zustimmung der Delegierten beider sozialistischen Richtungen, kommunistischer

dagegen nur insofern zu finden, als sie sich durch das Referat zum Grundsatz der Demokratie hätten belehren lassen. Das Referat wurde von der Generalversammlung mit demonstrativem Beifall aufgenommen.

Ein Antrag, Glombitsch-Olmach als Korrespondenten aufzustellen, erhielt wiederum, wie schon am ersten Verhandlungstage, nicht die notwendige Unterstützung.

Wissel (Vertreter des ADGB) erklärte, sich des warmen Appells Jäckels an die Einigkeit der Arbeiterschaft von Herzen gefreut zu haben und nach dieser Richtung seinerseits Ergänzung versuchen zu wollen. Nur über die wirtschaftliche Lage, als dem Boden aus dem Möglichkeiten und Charakter unserer Kämpfe sich ergeben, will er Worte verlieren. Diese Lage aber werde für die nächste Zukunft für Deutschland beherrscht durch die Tatsache: Verlorener Krieg! Scharfe Kämpfe mit dem Unternehmertum, starke politische Steuerkämpfe werden unausbleibliche nächste Folge; organisierte Umstellung und technische Höherentwicklung der Wirtschaft im Allgemeininteresse müsse das große zu erkämpfende volkswirtschaftliche Ziel sein. Bei all dem erwachsen den Gewerkschaften neben den alten auch neue, noch größere Aufgaben, die in Einigkeit eifrig bewältigt werden würden. (Lebhafte Beifall.)

Die weitere Debatte über das Referat Jäckels wurde von neun Rednern, darunter eine Reihe kommunistischer, bestritten. Dann wurde ein Schlussantrag angenommen. Er brachte nichts Bemerkenswertes über die Auseinandersetzungen hinaus, die schon bei der Diskussion über den Geschäftsbericht vor sich gegangen waren.

Rödel (Vorstand) begründete an der Hand textilindustrieller Geschäftsergebnisse, daß keineswegs die Textilindustrie sich in einer besonderen Notlage befindet und berechtigte Arbeitserfordernisse von den Unternehmern wohl erfüllt und mit allem Nachdruck vertreten werden könnten. Die starke Kämpfung Jäckels gegen die extreme Linke hielt Rödel nicht für notwendig, da die Gefahr von links für den Verband durchaus nicht sehr groß sei. — Gegen Rödel führte aus, daß die Einigung der sozialistischen Parteien von links müssে. Die linke Partei müsse dann versuchen, sich etwas nach links zu orientieren; die Kommunisten müssten dann etwas nach rechts abwenden, um auch wieder mit der allgemeinen Partei zusammenzukommen. Dieser wie auch noch etliche andre sozialistisch-kommunistische Redner sprachen sich gegen die Arbeitsgemeinschaften aus.

Im Schlussswort führte Jäckel Rödel gegenüber aus, daß es kein Engegenkommen, kein Kompromiß gegenüber der kommunistischen Taktik geben könne und er es deshalb ablehne, irgend etwas an seiner Resolution zu ändern. Dement sprechend war die Tendenz seiner Ausführungen die gleiche, wie die im gestrigen Referat. Gegenüber der Roten Fahne führte er aus, daß ihre Berichterstattung über Abwürfung und Wortentziehung der kommunistischen Delegierten ganz gemein erstunken und ersogen sei, und wenn die Rote Fahne einen Funken von Unzufriedenheit befürchte, dann würde sie angeblich der ganz loyalen geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der kommunistischen Kollegen jetzt eine Beziehung bringen.

In der Abstimmung wurde ein Antrag auf Befreiung der Zentralarbeitsgemeinschaft, sowie der andern Arbeitsgemeinschaften abgelehnt, dagegen wurde dem Vorstand aufgegeben, dahin zu wirken, daß die im Zeitlohn Arbeitenden beim Warten auf Zuteilung neuer Arbeit prozentuale Vergütung erhalten. Ein starker Protest wurde einstimmig erhoben gegen die Bestrebungen amtlicher und nichtamtlicher Stellen, die Gewerbehergerichte den ordentlichen Gerichten anzugliedern, zu denen die Arbeiterschaft nicht mehr das nötige Vertrauen habe.

Die im gestrigen Bericht mitgeteilte Jäckelsche Resolution, soweit sie sich auf die Anwendung des Generalstreiks bezieht, wurde einstimmig, der übrige Teil in namentlicher Abstimmung mit 427 gegen 20 Stimmen angenommen. Gegen einige Stimmen wurde die Herausgabe des Jäckelschen Referats als Broschüre beschlossen.

## Gewerkschaftsbewegung.

Protest gegen die Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz.

Die Sozialversicherungskommission des AfA-Bundes hat unter Hinzuziehung parlamentarischer Vertreter in ihrer Tagung am Sonntag, den 26. Juni, eingehend zur Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz Stellung genommen. Sie ist einstimmig zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Gesetzentwurf jeglicher gewissenhafter Unterlagen entbehrt und in unerhörter Weise den Angestellten Kosten aufbür-

det, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen stehen.

Zu Novemberfest 1920 der Angestelltenversicherung hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bekanntgegeben, die Versicherungstechnische Bilanz der AfA habe einen Überschuss von 1,8 Milliarden Mark ergeben. Die Bilanz ist trotz wiederholten Versprechens bis heute nicht veröffentlicht worden. Die Zeitschrift des Deutschen Nationalen Handlungsschiffen-Verbandes Die Handels-Wacht schrieb am 3. November 1920 unter Hinweis auf den versicherungstechnischen Überschuss von der Möglichkeit einer starken Erhöhung der Renten ohne größere Beitragserhöhungen. Die Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten ließ sich unter dem 16. Februar 1921 ähnlich vernehmen. Trotzdem wird heute den Angestellten eine Verzehrung der Beiträge in den unteren Klassen und ein Verzehr und Verwertung der Beiträge in den oberen Klassen zugemessen. Diese ungerechte Beitragsverzehrung begründet das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte am 13. Juni 1921 unter anderem wie folgt:

„richtig ich vielmehr, daß die AfA künftighin um der Invalidenversicherung nicht nachzustehen, angemessene Leistungen gewähren will, die der Entwicklung des Geldes wenigstens einigermaßen angepaßt sind.“

Dazu ist nun zu sagen, daß die Angestelltenversicherung noch nicht einmal in ihre eigentlichen Rentenleistungen eingetreten ist und nach der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1920 noch nicht 1½ Mill. Mark an Renten gewährt hat bei einer Beitragsentnahmen von 419 Mill. M. im Jahr, die Invalidenversicherung zahlt an Renten und Beihilfen 1500 Mill. Mark. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die gegenwärtigen Beiträge in der Angestelltenversicherung jetzt schon in der höchsten Klasse dreimal höher sind als die der Invalidenversicherung, während sie nach der Vorlage in Zukunft achtmal höher sein werden.

Wie reimt sich das alles zusammen mit dem so pompös ankündigten versicherungstechnischen Bilanzüberschuss von 1,8 Milliarden, der nach Ansicht des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des Deutschen Nationalen Handlungsschiffen-Verbandes die Möglichkeit zur Rentenerhöhung gibt? Warum hat das Reichsarbeitsministerium dem Reichstag darüber keine Unterlagen zu legen lassen? Es fehlt überhaupt jede einwandfreie rechnerische Unterlage.

Es geht daher auf keinen Fall an, den beteiligten Versicherten von oben herab eine bisher noch gar nicht begründete schwere Belastung aufzuballen, ohne ihnen irgendwie Zeit zur Stellungnahme zu geben. Der AfA-Bund erwartet daher von allen Parteien, daß sie sich der beabsichtigten Durchpeitschung der Vorlage noch vor der Sommerpause widersetzen.

**Die Buchdrucker zum Schiedsgericht.**  
Eine starkbeladene Allgemeine Buchdruckerversammlung nahm am gestrigen Abend Stellung zu dem von den Unternehmern beantragten und erholten Schiedsgericht des Reichswirtschaftsministeriums.

Die Versammlung nahm gegen eine schwache Minderheit einen Antrag an, der den Schiedsgericht als völlig ungünstig ablehnt und die Instanzen beauftragt, in gleichem Sinne zu bleiben, sowie auf den ursprünglichen Forderungen bestehen zu bleiben. Die Versammlung erklärt sich außerdem bereit, diesen Standpunkt gegebenenfalls mit den äußersten Mitteln zu vertreten.

**Achtung, Schuhmacher! Verbindlichkeitserklärung.**  
Der Schiedsgericht des Dresdner Schlichtungsausschusses vom 7. Mai ist vom Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung für den Freistaat Sachsen für verbindlich erklärt worden. Wir machen darauf aufmerksam, daß die darin festgelegte Löhne vom 15. Mai ab bezahlt werden müssen. Sollten sich Meister weigern, den Lohn zu zahlen, so erlösen wir, uns sofort Mitteilung zu kommen zu lassen. Es treten für Leipzig ab 15. Mai folgende Mindestlöhne in Kraft: für Gehilfen unter 20 Jahr 4,40 Mark, über 20 Jahr 5,20 Mark, für weibliche Arbeitsträger unter 20 Jahr 3,00 Mark, über 20 Jahr 3,40 Mark.

Der weiteren bemerken wir, daß die Meister verpflichtet sind, ihren Gehilfen nach lebensmonatlicher Bezahlung dreißig Tage, nach einjähriger Beschäftigung vier Tage und nach zweijähriger Beschäftigung sechs Tage Ferien zu gewähren unter Fortzahlung des Lohnes.

Alles Nähere in der Mitgliederversammlung am 11. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Café links.  
**Zentralverband der Schuhmacher.**  
(Sitzstelle Leipzig).

In Nordböhmen ist ein Streik der Werkmeister ausgebrochen, der hauptsächlich die Textilindustrie betrifft. Es besteht die Gefahr, daß sich der Streik von Aš bis Braunau ausdehnen und auch deutsche Gebiete erfassen wird.

# Saison-Verkauf Modehaus Jordan & Co. Leipzig, Petersstraße 28

Wir kaufen dieses Jahr  
weitere größere Posten  
Wäsche, darunter bis jetzt mehr als

# 40000

**Sportkragen in Qualitätsware, die wir zu Reklamepreisen  
solange Vorrat reicht, preiswertig verkaufen!**

<b>Sportkragen „Elegant“</b> glatt, ohne Knopfbandchen 1 Dutzend 28.75, Stück 2.50	<b>Sportkragen „Reklame“</b> glatt mit runden Ecken 1 Dutzd. 40.75.... Stück 3.50	<b>Sportkragen „Rekord“</b> pa. Qualität, m. Knopfbandchen 1 Dutzend 31.50, ... Stück 4.50	<b>Sportkragen „Neptun“</b> Rips mit Knopfbandchen 1 Dtzd. 36.50 .... Stück 4.90
<b>Oberhemden</b> nicht alle Weiten früher bis 159.00, jetzt 89.00	<b>Pa. Zephir-Schlafanzüge</b> früher bis 290.00 Flanell 175.00 jetzt 190.00	<b>Nachthemden</b> mit aparten Besätzen früher 125.00 jetzt 95.00	<b>Eckenkragen</b> 4fach 7.50 Steh-Umlegekragen 4fach 9.85
<b>Pa. Perkal-Oberhemden</b> mit Falten-Einsätzen und weichen Doppelmansch. 98.50	<b>Pa. Zephir-Oberhemden</b> früher bis 159.00 jetzt 110.00 bis 139.00	<b>Perkal-Oberhemden</b> mit pass. steif. Kragen und weichen Mansch. 105.00	<b>Schillerhemden</b> halbfrot 69.00 63.00 57.00 Flanellhemden 89.00 78.00 69.00
<b>Schillerkragen</b> Rips . . . 9.85 <b>Serviteurs</b> Rips. .... 6.50 do. bunt, .... jetzt 4.90	<b>Aparte Strickbinder</b> pa. Kunstseide, Qual.-Ware jetzt 15.90 12.50 und 9.50	<b>Herren-Woll- u. Filzhüte</b> in versch. mod. Form., nicht alle Weiten jetzt 89.00, 79.00, 59.00, 39.00, 29.00	<b>Fantasie-Westen</b> ein Posten herabgesetzt auf jetzt 129.00 110.00 98.00

**Selbstbinder** früher 98.00 79.00 57.00 33.00 29.00 19.50 7.50  
jetzt 69.00 59.00 39.00 27.00 19.50 15.50 7.50      **Regattes** früher 35.00 29.00 25.00 19.50 19.00 15.00  
jetzt 29.00 25.00 19.00 15.00 9.85 8.50 7.50

# Nachtfalter

Mainstrasse 18  
Allabendlich 7½ Uhr  
**Kabarett.**

Lindenauer  
**Lichtspiel-Haus**  
Nur Lützner Strasse 19.  
Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!  
**11<sup>35</sup> ab Hamburg!**  
Atemraubende Detektiv-Sensation.  
Dazu das glänzende Beiprogramm.  
Achtung! Achtung!  
**Kapellmeister**  
**G. Brendel ist da!**  
Er und seine Künstlerschar sind  
das Tagesgespräch von Lindenau.  
Freitag: Der unsichtbare Dieb.

**Weisse Wand**  
12 Akte. Nur für Erwachsene! 12 Akte.  
**Staatsanwalt Briands Abenteuer**  
II. Teil Der grosse Abenteurer-Film II. Teil  
5 aufschenerregende Kapitel 5  
**Der Millionendefraudant**  
I. Teil **Toni Tomps** I. Teil  
Spannender Detektivfilm,  
5 gewaltige Abteilungen 5  
Hauptrolle **Louis Ralph.**  
**Die Frau Kommerzienrat**  
Großer Lustspielschlager, 2 tolle Akte.  
Hauptrolle: Anna Müller-Linke.

**Lichtspiele Zschochér**  
Telephon 40960 Inhaber: M. Raschke  
**Herztrumpf**  
Schauspiel in 5 Akten.  
In der Hauptrolle:  
**Hans Mierendorf.**  
**Albert Bassermann**  
Der Frauenarzt  
Schauspiel in 5 Akten.  
Einlaß 5 Uhr.

Echte extra-starkreiche **Waltherius Hienfong-essenz**  
(Destillat) 12 Fl. 25 Mk., 90 Fl. 60 Mk. franko. In Apoth., Drogerie, sonst dir. v. Laboratorium E. Walther, Halle a.S.-Trotha 105.

# Reiseartikel

Solide Qualitätsware



# Lederwaren

Aus besten Rohmaterialien

## Erneut im Preise herabgesetzt!

Unter eigener fachkundiger Leitung als auch bewährtem Stamm alter Mitarbeiter empfehle bei eintretendem Bedarf eine Besichtigung meines reichhaltigen Lagers

**Karl Blaich** Windmühlenstr. 32  
Tauchaer Straße 16  
Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkauf.

# U.S.P.D. Gross-Leipzig

Alt-Leipzig, Bezirk Zentrum u. Norden.

Freitag, den 8. Juli, abends 18 Uhr. Bezirksversammlung im Eldorado, Pfaffenstorfer Str. 1. Tagesordnung: 1. Bericht: Sozialistische Politik im Stadtparlament. Ref.: Gen. Liebmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht, vollständig zu erscheinen. Frauen als Gäste willkommen.

Die Bezirksvertreter.

Alt-Leipzig, Westen I u. II. Infolge eines freien Regens konnte der Nachtausflug nicht stattfinden. Selbiger findet nun Sonnabend, den 9. Juli statt. Treffpunkt abends 18 Uhr Mehlholz, Verwaltungsgebäude. Abmarsch Punkt 7 Uhr. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Genossinnen und Genossen anderer Bezirke sind hiermit freundlich eingeladen.

Die Bezirksleitung.

## Familien-Nachrichten

Unserem Genossen  
**Otto Rothe und Frau**  
zum 25jährigen Ehejubiläum  
unsere besten Wünsche  
Die Genossen von Leipzig-Anger

Unserm Klubbruder  
**OTTO ROTHE u. FRAU**  
zu ihrem 25jährigen Ehejubiläum  
die herzlichsten Glückwünsche  
Skatclub Fortschritt

Todesanzeige.  
Am 3. Juli verstarb nach kurzem aber schwerem Krankenlager unser ganze Sonnenchein, unsere innig geliebte unvergängliche hoffnungsvolle Tochter, Schwester, Enkelin und Nichte

## Marga Kämmer

Wer sie gekannt, wird unsern Schmerz ermessen.  
Leipzig, Moholz 20.

Familie Rudolf Kämmer  
nebst Angehörigen.  
Beerdigung findet Mittwoch, den 6. Juli, vorm. 9 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

Allen Bekannten zur Nachricht, daß am Montag, dem 4. Juli, vormittags, nach langerem Krankenlager unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwiegermutter und Großmutter, Frau

**Lisette verw. Schmidt geb. Kaufmann**  
im 55. Lebensjahr verschieden ist.  
Leipzig, Grenzstraße 3, ot.

In tiefer Trauer zeigen dies hierdurch an  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Die Beerdigung findet Donnerstag, vorm. 4 Uhr, auf dem Leipziger Friedhof statt.

## Statt Karten.

Allen Genossen, Verwandten und Bekannten die  
traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter

## Gertrud

am 3. Juli im Alter von 19½ Jahren sanft entlassen ist.

L. Connewitz, Frohburger Str. 33.  
Um stilles Beileid bittet

## Familie Karl Preißner.

Einführung Mittwoch, nachm. 18 Uhr.

Nach kurzem schwerem Leiden verstorben im blühenden Alter von 20 Jahren unsere Schwimmgenossin

## Gertrud Preißner

Erschüttert stehen wir an ihrer Bahre. Sie hat sich durch ihr stilles beidides Leben ein bleibendes Andenken in unseren Reihen gesetzt.

**Arbeiter-Schwimm-Verein Leipzig E.V.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim  
Hinscheiden meines geliebten Gatten, des Werkmeisters

## Paul Hirche

sagen wir allen herzlichen Dank

Klara Hirche und Sohn.

# Metallarbeiter

## Verband

Wiederholt lädt der **Metallarbeiter-Verband**, Reichenbachstr. 20, zu einer Versammlung am Freitag, den 8. Juli, abends 18 Uhr, im Volkshaus, Leipziger Str. 20, ein. Eintritt frei.

Geöffnet ist vor dem Volkshaus, Leipziger Str. 20, am Freitag, den 8. Juli, abends 18 Uhr, bis 21 Uhr.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

Die Versammlung ist für alle Metallarbeiter bestimmt, welche während der Versammlung nicht arbeiten dürfen.

## Reichstag.

Berlin, 4. Juli.

Präsident 2 ö 2 e eröffnet die Sitzung 1 Uhr 20 Minuten.  
Ein Gesetzentwurf, der für die aus Elsaß-Lothringen verdrängten Landesbeamten bis zu ihrer Wiederanstellung die Einschaltung in eine besondere Besoldungsklasse vorsieht, wird der Ausschüttung überreichen. Der Entwurf betr. die Abwicklung von Kriegsgesellschaften wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf betr. Übergang der Wasserstrafen von den Ländern auf das Reich.

## Nachtragsetat der Marine.

Abg. Ruhrt (U. Soz.): Die Marine hat absolut keine Existenzberechtigung mehr. Das haben selbst Marine-Sachverständige zugestanden. Selbst der deutschnationale Abg. Oberholzen legte in diesem Jahre von dieser Stelle dar, daß weite Kreise der Ausschau nach dem, daß die Marine abgeworfen habe und er fügte hinzu: Diese Ausschau wird auch in nationalistisch gesinnten Kreisen vertreten. Tatsächlich müssen wir feststellen, daß die Ansprüche der Marine-Verwaltung andauernd geradezu anmaßen, groß sind. Man beruft sich auf die Notwendigkeit des Küstenschutzes. Aber auch in dieser Beziehung ist schon im Jahre 1886 vom damaligen Chef der Admiraltät v. Stosch und im März 1897 vom Staatssekretär Hollmann dargelegt worden: zum Küstenschutz brauche man keine Marine, denn diese Küste schützt sich selbst können aber die wenigen Kriegsschiffe irgendwelche Aufgaben nicht erfüllen, so hat auch die Marine kein Verantwortungsfeld. Wenn, wie man es darzustellen beliebt, die Marine als Postzeitarmerie herangezogen werden sollte, wie würde die Marine, die trotz der Debatten im Reichstag heute noch die schwärzliche Flagge führt, die also selbst gegen die Verfassung verstößt, derartige Aufgaben erfüllen? Geradezu anmaßend sind die Forderungen, die der Staat enthält. Die Garnisonverwaltung fordert 116 800 000 Mark. Nach den Ermittlungen des Reichschausammlerums beträgt der tatsächliche Bedarf 13 000 445 M. Demnach hat die Marineverwaltung 103 889 555 M. zu viel angefordert. Das ist gerade ein Skandal. Denn das heißt doch nichts anderes, als daß den Herren der Wille abgeht, sich irgendwelche ernstliche Unterlagen zu beschaffen. Man versucht herauszuschlagen, was herauszuschlagen ist. Und leider wird nicht nur vom Zentrum und den Demokraten, sondern auch von den Reichsparteien immer und immer diesen Vorgängen Vorschub geleistet, indem man stillschweigend dieartige Anmaßungen bewilligt. Im Auschluß fragte der rechtssozialistische Abg. Glebel, warum Kiel völlig von Marinetruppen entblößt werde. Der Reichswehrminister Gehler lachte die Vermutung Glebels, daß politische Gründe dabei mitgespielen, zu zerstreuen, indem er solch: "leineswegs" dazu beigetragen haben, Kiel von Marinetruppen zu entblößen". Aber ich habe hier eine Marine-Denkchrift, die das Gegenteil beweist. Darin wird zwar betont, daß die Marinaneilagen in Kiel unverhältnismäßig sind, aber zugleich erklärt man auch, daß Kiel jedenfalls in den nächsten Jahren von Truppen freigehalten werden müsse. An einer andern Stelle heißt es, die Belegung Kiel sei in Rücksicht auf die taktische Lage bei Unruhen nicht möglich. An einer andern Stelle wird auf die "Notwendigkeit" hingewiesen, die Truppen von Zeit zu Zeit aus den Garnisonen herauszunehmen. Aus allen diesen und vielen andern Stellen geht hervor, daß man aus politischen Gründen die Truppen aus Kiel herausgezogen hat.

Wenn man schon, weil die Revolution in Kiel seiner Zeit einschätzte, glaubte, Kiel die Truppen entziehen zu müssen, warum ging man in der gleichen Weise nicht gegen Cuxhaven und andere Orte vor, wo doch auch Meutereien zu verzeichnen waren. In Cuxhaven wurden Angehörige der Entente-Militätkommission in bubenhafter Weise belästigt. Große Entschädigungen mußten für diese Bubenstreiche aus den Steuergrößen des deutschen Volkes gezahlt werden. Trotz dieser Vorgänge hören wir nichts davon, daß die Marineleitung in Cuxhaven eingegriffen hat. Der verantwortliche Fregattenkapitän, Heinecke, ist nachträglich sogar noch befriedet worden. Das muß geradezu peinlich gegenüber dem Auslande wirken. Die Beleidigungsversuche im Auschluß sind keineswegs stichhaltig. Dass es aber möglich ist, in solchen Situationen Gefahren drohendes zu verhindern, habe ich in meiner Eigenschaft als Präsident der Republik Oldenburg und Ostwestfalen bewiesen. Als in den ersten Wochen der Revolution die Entente-Kommission, die erste, nach Deutschland kam, forderte die englische Admiraltät von dem Kommandeur der Nixe-Station den Schutz der Mitglieder der Kommission. Dem Gouverneur der englischen Abteilung wurde die Mittelung, daß er sich an mich wenden möge, da ich für den Schutz aufzukommen hätte. Ich habe dem englischen Marineoffizier erklärt, daß ich die Garantie übernehme. Meine Maßnahme bestand darin, daß ich nationalistisch verdeckte Elemente nicht mit heranzog.

In der Marineverwaltung werden 1300 Personen beschäftigt. Für eine Marine mit sechs Linienschiffen, sechs kleinen Kreuzern, einigen Torpedobooten und Torpedobootsbooten eine Verwaltung von 1200 Personen! Dabei noch die Stationen mit einem weiteren reichlichen Stab in Wilhelmshaven und Kiel. Weiter die Festungskommandeure mit einem ebenfalls überreichlichen Verwaltungspersonal. Wir haben in der Marine allein 37 Referenten im Range der Fregatten- und Korvettenkapitäne, weitere im Range des Kapitänleutnants. Für das eine Verwaltungsgebäude wird allein für Heizung eine Million angefordert. Fast in allen Kapiteln finden wir in den Nachtragsetaten auch Mittel angefordert, die nichtbeamte Hilfskräfte. Das ist doch ein Beweis, daß die Marine nicht selbst die Verwaltungsarbeiten leistet, trotz der vielen Kräfte. Wir kennen das System, wie lenne die Arbeitsfreudigkeit innerhalb der Reichswehr wie in der Marine. Ich habe noch nie eine solche ausgeprägte Sinesuren-Wirtschaft kennen gelernt, als gerade in der deutschen Marine. Ich habe die Tausende Menschen bedauert, die es fertiggebracht haben, im Laufe der Kriegsjahre keine der Gesellschaft nützliche Arbeit zu leisten. Es wurden für Hilfskräfte im Jahre 1921 87 000 M. angefordert. Die Behörde versichert, es sollen in Zukunft 52 580 M. in Fortfall kommen. Jetzt müssen wir feststellen, daß man an Stelle der verbleibenden 35 000 M. 300 000 M. eingefestigt hat. Aehnlich geht es in allen andern Kapiteln. Dagegen erheben wir den schärfsten Protest. Die Ausgaben für Hilfskräfte fallen sicher zum großen Teil auf die Musiker, die nach den Versicherungen als Schreiber und Ordner Dienst verrichten sollen. Wir haben über 3000 Musiker in Heer und Marine, die aber weiter nichts tun, als musizieren. Dadurch machen sie den Berufsmusikern obendrein die größte Schmuckkonkurrenz. Der Zentralverband der Berufsmusik hat sich mit dem Reichswehrminister in Verbindung gesetzt. Der Reichswehrminister hat von dieser Stelle aus schon einmal Abhilfe verprobt. (Reichswehrminister: Es ist auch schon geschehen!) Stein! (Reichswehrminister: Doch! Ich habe jedoch unterrichtet!) Der Herr Reichswehrminister erklärt also, er habe jedoch eine dahingehende Verfügung unterschrieben. (Reichswehrminister: Ich habe schon nichts Gutes geahnt!) Ich quittiere und hoffe, daß wir nunmehr aus den Kreisen der Berufsmusik keine Beschwerden mehr bekommen. Die Marine-Musiker sind leicht imstande, den Civilmusikern Konkurrenz zu bieten, denn ihre Existenz ist gesichert, auch wenn sie die tolle Schmuckkonkurrenz betreiben.

Ein weiteres Kapitel. Für 1300 Mann werden 13 Juristen angefordert, also auf je tausend Mann einer. Wie groß müßte die Zahl der Juristen sein, wenn es ähnlich in der Zivilbevölkerung bestellt sein sollte. Auf 6 Kräfte kommt bei der Marine ein Arzt. Das ist denn doch wohl zuviel des Guten, zumal es möglich ist, Kräfte der Marine an Ärzte zu überweisen. Die Marineverwaltung fordert im Nachtrag wieder 8 Reitpferde mehr an.

Die Zahl der Zugpferde hat man um 104 reduziert, dafür die Zahl der Reitpferde für die Offiziere um 34 vermehrt. (Zuruf: Marine zu Werder — Heiterkeit.) Ja, wir haben schon oft das Scherzwort von der reitenden Gebirgsmarine gehört. Heute müssen wir erleben, daß man nicht davor zurückkommt, die Reitpferde für die Marine zu vermehren, obwohl den Offizieren Autos zur Verfügung stehen, also für die Anhäufung von Reitpferden nicht der geringste Grund vorliegt. Mit demselben Recht könnte man auch Reitpferde für die Schaeferfrauen des Reichstags anfordern. (Große Heiterkeit.) Weiter entnehmen wir aus dem Etat die Entlassung von 20 Deckoffizieren und die Einstellung von 20 neuen Offizieren. So wird die Deckoffizierfrage, die den Militärs höchst ungern ist, einfach durch Nachtragsetat erledigt. Dazu aber möchte ich noch einmal die Anfrage stellen, die schon mein Parteifreund Künster stellte, wie steht es mit der Abrechnung über das Baltikum-Uentener? Wir erwarten, daß der Reichswehrminister dem nun wiederholt gestellten Ersuchen um Abrechnung nachkommt.

Nun zum Schluß noch eine andre Sache: Wir wissen, daß aus Anlaß einer sogenannten Meuterei im Jahre 1917 eine Anzahl Marineoffiziere zum Tode verurteilt wurden. In den Novembertagen habe ich einen blütgerlichen Rechtsanwalt beauftragt, die Akten über diese Fälle zu beschlagnahmen und zu untersuchen. Eines Morgens meldete er mir, er habe aus den Akten vernommen, daß es sich nicht um ein Juifoverbrechen, sondern um glatte Justizmorde gehandelt habe. Der Oberkriegsgerichtsrat habe dem Flottenteil von Scheer die Urteile mit dem Bemerkung vorgelegt, die Todesstrafen seien juristisch unhalbar. Der Admiral Scheer habe erklärt, auch er erkenne, daß die Urteile juristisch unhalbar seien, flüte aber hinzug: Trotzdem sollen sie vollstreckt werden. (Lebhafte Hörer, hört!) Es ist mir zugesagt worden, über diese Sache näheren Aufschluß zu bekommen. Bissher ist aber nichts geschahen. Und heute sind die Akten sicher nicht mehr da. Ich berufe mich auf den rechtssozialistischen Abg. Wissel, der mit in meinem Zimmer war, als mir dieses berichtet wurde. (Beifall bei den US.)

Wir werden der Reichsmarine die Mittel versagen. Sie ist ein Instrument der Reaktion, wie sie es von jeho war. Ein Instrument, daß man benutzen will, um die Begehrungen der Arbeiter niederzuknüpfen. (Lebhafte Beifall bei den U. Soz.)

Hierauf wurden eine Anzahl Kapitel des Etats debattlos genehmigt.

Beim Kapitel über das Arztes- und Sanitätswesen bemerkte

Abg. Moles (USP.): Bei der Marine sind 91 Arzte für 1500 Mann angestellt. Im Kriege hat man es als durchauszureichend erachtet, wenn auf 150 verwundete 7 Arzte kämen. Hier will man uns weismachen, daß für 150 krankenbedürftige Leute ein Arzt noch zu knapp ist. Für 600 Kranke sind beinahe 100 Arzte da. Das heißt, für etwas mehr als 6 Kranke ein Arzt, und da redet man fortgesetzt von Sparsamkeit. Wenn es sich um Militär und Marine handelt, gibt man mit vollen Händen, wenn es sich um Krankenpflege, Wohnehilfe, Bekämpfung der Kindersterblichkeit handelt, ist niemals Geld vorhanden. Wir protestieren auf das energischste dagegen.

Reichswehrminister Gehler: Die Bedürfnisfrage ist vom Reichsfinanzministerium nachgeprüft. Ich habe aber nichts dagegen, daß bei der nächsten Etatllaufstellung eine neuzeitliche Prüfung stattfindet. Bei der Arztesfrage muß berücksichtigt werden, daß auch die Familien von Marineangehörigen Anspruch auf freie ärztliche Behandlung erheben können.

Hierauf wird der Nachtragsetat gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen.

Beim

## Nachtragsetat des Auswärtigen Amtes

stimmt der Reichstag einer Resolution des Ausschusses zu, nach der für 1922 den leitenden Beamten Gelder für Repräsentationen zur Verfügung gestellt werden sollen. Zu einer weiteren Entscheidung des Ausschusses, die Zentrale für Heimatdienst umzustalten, führt

Abg. Frau Wurm (USP.): Wir können uns mit dem Antrag auf Umgestaltung der Zentrale nicht einverstanden erklären. Sie soll vorher so umgestaltet werden, daß sie nicht einzelne Parteien, sondern dem "Staatsganzen" dient. Das ist doch schließlich nichts andres als daß sie arbeitet für die jeweiligen Regierungsparteien. Einmal wurde schon eine Kommission von sieben Mitgliedern eingesetzt, die die Tätigkeit der Zentralstelle für Heimatdienst prüfen sollte. Aber sie hat weiter nichts als ein Schriftstück vorgelegt, in dem nur stand, daß besondere Korruptionschäden nicht festgestellt werden konnten. Die Zentralstelle ist auch bei einer Umgestaltung weiter nichts als Dekoration. Aber sie beschäftigt die ungeheure Zahl von 35 000 Personen. Nun wurde gefragt, davon seien 3000 bis 4000 vermutlich Mitglieder der Unabhängigen Partei. Fest steht aber, daß in der leitenden Stellung der Zentralstelle nicht eine einzige Person tätig ist, die unserer Partei angehört. Schon das zeigt, wie es um die Beteiligung der Unabhängigen steht. Wir haben aber feststellen müssen, daß gerade in den Tagen des Kapp-Putschs die Zentrale versagt hat. Da hat der Verteidiger Dr. Straß erklärt, daß er sich neutral verhalten müsse. (Hört, hört!) Diese Parteilosigkeit ist in diesem Falle nichts andres als Parteinehme für die Verschwörungsbrecher. Der allgemeine "Dienst" ist ihm noch nicht nationalistisch genug. In jedem Fall steht ein Beamter, der im günstigsten Falle alle paar Monate einen Bericht bringt und im weiteren nichts tut, als die Gelder zu verbrauchen. Wir bitten Sie, unserem Antrag auf Auflösung der Zentrale für Heimatdienst zuzustimmen. (Beifall bei den U. S.)

Abg. Cremer (D. Wp.): Von den 35 000 Angestellten der Zentrale sind etwa 27 000 Mitglieder der mehrheitlich sozialistischen Partei. Man hat von 3000 bis 4000 beteiligten Unabhängigen gesprochen. Aber ich habe schon im Ausschuß darauf hingewiesen, daß nur festgestellt wurde, daß ein Unabhängiger Parteisekretär in Thüringen in der Zentrale mitgewirkt hat. Und ich habe auch erklärt, daß mir das ein welcher Rabe zu sein scheint. Ebenso gut wie man Parteien der äußersten Linken ausgeschaltet hat, hat man auch Angehörige der Rechtsparteien nicht zugelassen.

Abg. Mayr (Dtn.): Im Kapp-Putsch hat die Zentrale für Heimatdienst uns als Mithilfende an dem Putsch bezichtigt. Sie war also durchaus nicht tatlos. Aber gegen diese Art Tätigkeit haben wir uns aufs allerhärteste zu wenden. Wir sind für Auflösung. Wenn wir aber in der Minderheit bleiben sollten, werden wir versuchen, einen ehrenhaften Waffenstillstand zu schließen, obgleich wir große Zweifel haben, daß mit einer Umgestaltung eine Beseitung gehäuft werden kann. Nur wenn es gelingt, eine Stelle zu schaffen, die nur das allgemeine Staatsinteresse im Auge hat, können wir ihr zustimmen.

Abg. Sollmann (SPD.): Die Zentrale für Heimatdienst hat mancherlei positive Arbeit geleistet. Auch während des Kapp-Pusches hat sie nach Möglichkeit Auflärung verbreitet. Für über eine Million Broschüren wurden verteilt. Sie hat auch stets die Verbindung mit der Regierung aufrecht erhalten. In leitender Stelle steht allerdings von den Unabhängigen nur der thüringische Landessekretär. Unter den 35 000 Beamtenleuten befindet sich aber eine Anzahl von bewährten Anhängern der Unabhängigen Partei. Es sind nicht ausschließlich Beamte, sondern in großer Zahl Arbeiter, Lehrer usw. Wer mit uns verhindern will, daß die Zentralstelle für Heimatdienst ständig von dem Einfluß der Reaktionäre befreit bleibt, muß mit uns für den Antrag auf Umgestaltung stimmen.

Abg. Rosensfeld (USP.): Es ist bezeichnend, daß die Deutschen heute nicht mehr so energisch gegen die Auflösung der Zentralstelle sich eingelegt haben. Ich weiß nicht, ob Herr Mumm größere Aussichten erhalten hat, in die Regierung zu kommen. Er hat heute einen Waffenstillstand, sogar einen bedingungslosen Waffenstillstand angeboten. Ausgerechnet die Deutschnationalen haben aber am allerwenigsten Grund zu der Behauptung, daß sie jemals über das Parteinteresse gestellt haben. Wo hat die Zentralstelle jemals überparteiliche Arbeit geleistet. Auch Herr Mumm ist von der Illusion, daß überparteiliche Arbeit geleistet werden könne, völlig frei. Und wenn sich die Deutschnationalen jetzt mit der Umgestaltung abfinden, so nur aus der Hoffnung heraus, daß sie bald zur Unterstützung ihrer Partei verwenden können. Sollmanns Ausführungen haben mich übertrafft. Wir haben noch ein Sozialdemokrat von einem Staatsganzen reden solches Staatsganze für möglich halten kann, verstehe ich nicht. Wie ist solche Aussicht vereinbar mit dem Klassenkampfgedanken, von dem doch wohl jeder Sozialdemokrat durchdrungen sein müßte? Jeder Sozialdemokrat sollte doch wissen, daß der heutige Staat ein Klassenstaat ist. Wenn Sollmann gefragt hätte, wir wollen in der Zentralstelle für Heimatdienst ein Instrument für die jeweiligen Regierungsparteien haben, wäre seine Stellungnahme richtig. Was er aber sagte, ist nicht Volksauflösung, sondern Volksverbündung. Wir lehnen die Zentrale ab. Wir können es nicht billigen, daß die Steuergroßen im Interesse der Parteien, die in der Regierung sitzen, verwendet werden. Im übrigen erkläre ich, ein unabdingbarer Sozialdemokrat hat in der Zentrale für Heimatdienst nichts zu suchen, und wenn wirklich einer drinnen ist, wünschen wir, daß er schleunigst diese Stelle aufgibt. Wenn Mumm meinte, die Zentrale habe auch für mich gearbeitet, als ich Minister war, so muß ich bemerken, daß ich nicht die geringste Verbindung mit ihr gehabt, sie nicht einmal gekannt habe. Ich würde mich auch schön bedanken, ein Amt zu übernehmen, das mich zu der Beschäftigung mit einem solchen Korruptionssonds genötigt hätte. (Beifall bei den US.)

Da das Haus beschlußunfähig ist, wird die Abstimmung aufgelöst. Der Nachtrag zum Haushalt des Reichstags wird ohne Debatte angenommen. Ebenso eine Entscheidung, die eine genaue Aufstellung der in den Auslandvertretungen tatsächlich tätigen oberen und mittleren Beamten fordert. Das Gesetz über die Versorgung der vor dem 1. August 1914 aus der Wehrmacht ausgeschiedenen gelangt debattlos in dritter Lesung zur Annahme.

Ebenso in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über die Erhöhung der Fernsprechgebühren.

## Reichswehr-Versorgungsgesetz.

Abg. Karsten (UP.): All unsere Gegner schaft, die wir gegen den alten Militarismus haben, häuft sich bei diesem Gesetz. Nach dem Friedensvertrag sollen die Mannschaften der Reichswehr mindestens 12 Jahre, die Offiziere mindestens 25 Jahre dem Heere angehören. Diese Bestimmung ist so ausgelegt worden, daß die Leute nach 12 resp. 25 Jahren aus der Wehrmacht ausscheiden müssen. Auf diese Weise will man versuchen, immer frisches, junges Blut in die Reichswehr hinzubekommen, um so eine größere Zahl von langjährig gedienten Leuten in Deutschland zur Verfügung zu haben. Das Reichswehrversorgungsgesetz, so wie es vorliegt, würde bereits im dritten Jahre 300 Millionen Mark für völlig gesund zur Entlassung gekommene Offiziere und Mannschaften erfordern. Dagegen wird immer gelegt, wenn vor dem Kriege die Verwaltung gewissermaßen militarisiert wurde. Nach dem Kriege soll ein lediger Unteroffizier im ersten Jahr nach der Entlassung 13 150 M., im zweiten Jahre 7250 M., im dritten Jahre 6300 M. bekommen. Ein Unteroffizier mit Frau und zwei Kindern würde im ersten Jahr über 15 000, im zweiten über 9000 und im dritten über 8000 M. ausbezahlt erhalten. Insgesamt erfordert der Gesetzentwurf im ersten Jahr 128 Millionen, im zweiten 214 Millionen und im dritten 310 Millionen Mark. Im dritten Jahre entfallen also auf den Kopf des Reichswehrsoldaten 3000 M. für den Unterhalt der Entlasseten. Ein Offizier soll nach zehnjähriger Dienstzeit Pensionsberechtigung haben. Außerdem sind Kapitalabfindungen bis über 20 000 M. vorgesehen. Ferner Übergangsabschlägen im achtjährigen Betrage des Jahresbelegs, also etwa 120 000 M. Außerdem soll den Entlassenen die Anwartschaft auf Beamtenstufe gegeben werden. Wir müssen dagegen Einspruch erheben, daß wie vor dem Kriege die Verwaltung gewissermaßen militarisiert wurde. Darauf darf dadurch, daß Unteroffiziere, Feldwebel usw. als Beamte in Kommune, Reich und Staat übergehen. Das ist selbst nach Meinung bürgerlicher Parteien zu weitgehend. Im Auschluß ist ausgeführt worden von einem Vertreter der Regierung, daß ja diese Leute zwölf Jahre lang gebunden sind, während anderer Beamtenstufen andere Stellungsmöglichkeiten offen sind. Ich bin der Meinung, die übergroße Anzahl der Arbeiterhaft würde, wenn sie zwölf Jahre ohne Sorge um Nahrung, Wohnung und Kleidung zu haben braucht, sehr zuwider sein können. Wir halten die Versorgungsbestimmungen für viel zu weitgehend. Unter Meinung nach soll den aus dem Heeresdienst Entlassenen die Erwerbslosenunterstützung, wie allen anderen Arbeitern, gegeben werden. Allerdings die selben Parteien, die für eine weitgehende Versorgung der entlassenen Reichswehrangehörigen stimmen, haben sich stets gegen die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gewendet. Ihnen sind die heutigen Unterstützungsätze für Erwerbslose schon zu hoch. Aber da liegt doch auch gar kein Grund vor, den Offizieren und Mannschaften mehr als diese nach Meinung der sozialen Parteien ausreichende Erwerbslosenunterstützung zu sichern. Entweder man sagt, sie ist auch für die entlassenen Angehörigen der Reichswehr hoch genug, oder aber für die erwerbslosen Arbeiter zu niedrig. Die Arbeiter, die nützliche Arbeit leisten für die Gesamtheit, haben eher Anspruch auf eine ausreichende Unterstützung. Wenn ein Arbeiter, der lange Zeit nützliche Arbeit geleistet hat, erwerbslos wird, haben die noch im Arbeitsverhältnis befindlichen für seinen Unterhalt zu sorgen. Wenn Geld in so reichlichem Maße für militärische Zwecke vorhanden ist, muß es auch für Zwecke der sozialen Wohlfahrt bereitgestellt werden! (Lebhafte Beifall bei den US.)

Abg. Plettner (Komm.): Wendet sich ebenfalls mit aller Entschiedenheit gegen das Gesetz.

Reichswehrminister Gehler: Wir wollen ein Heer zum Schutz der Verfassung. Das Versorgungsgesetz soll nicht ein töder sein.

Der Antrag der Unabhängigen, den entlassenen Reichswehrsoldaten nur Erwerbslosenunterstützung zugeschlagen, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Kaiser (SPD.): beantragt, die Versorgung auch bei Verhinderungen während der Dienstzeit einzutreten zu lassen.

Eine Anzahl weiterer Anträge von Gallwitz (Dtn.), Andree (Zentrum), Weißer (SPD.), die sich auf Abänderungen beziehen, werden zum größten Teil abgelehnt.

Damit schließt die zweite Lesung. Die dritte Lesung findet Dienstag statt.

Das Gesetz über religiöse Kindererziehung wird gegen die Stimmen der Bayrischen Volkspartei in zweiter und dritter Lesung in der Fassung des Reichsausschusses angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Jagow-Interpellationen, Kleine

## Die Landeskongress der Rechtssozialisten.

Die Landeskongress der Rechtssozialisten, die drei Tage im Leipziger Volkshaus getagt hat, ist am Montag mittag zu Ende gegangen. Zweifellos kam dieser Landeskongress eine besondere Bedeutung zu, weil sie wichtige Entscheidungen über die Stellung der Rechtssozialisten zur sächsischen Politik zu treffen hatte. Die Gährung, in der sich die sozialistische Partei unverstetig befindet, die Opposition der Mitglieder gegen eine bestimmte Richtung ihrer Führer ist ja in Sachsen besonders stark. Hier streiten seit Jahren die sogenannte Dresdner und Chemnitzer Richtung um die Mehrheit. Während sich auf der vorjährigen Landeskongress die Chemnitzer Richtung nicht durchsetzen konnte, ist auf der diesjährigen Konferenz das Gegenteil eingetreten. Die Dresdner Richtung ist in allen entscheidenden Fragen unterlegen. Die Chemnitzer Richtung beherrschte die Tagung, was schon aus der Zahl, noch mehr aber aus dem Charakter ihrer Anträge hervorging. Die Führung, die Aktivität und nicht zuletzt die geistige Überlegenheit lag bei den Leuten, die sich zur Chemnitzer Richtung bekennen. Dabei war zu beobachten, daß die Führer, die den bürokratischen Apparat der Partei, die Organisation, die Presse beherrschten, in größerer Zahl zur Dresdner Richtung standen, was naturgemäß die Stellung der Chemnitzer Richtung erschwert. Und trotzdem hat sich die Chemnitzer Richtung durchzusetzen vermocht. Darin kommt die Radikalisierung auch der rechtssozialistischen Arbeiter zum Ausdruck, die freilich letzten Endes nur der Widerschein der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist. Die wirtschaftliche und politische Not drängt auch den rechtssozialistisch organisierten Arbeiter die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Klassenkampfes auf. Und so stark auch noch der Organisationsapparat hemmend auf die revolutionäre Stimmung dieser Arbeiter wirkt, dauernd kann er diese Stimmung doch nicht unterdrücken. Es war interessant zu beobachten, wie die Vorsichts- und Rücksichtsräte in Führerstellung mit all ihren Argumenten sofort erledigt waren, wenn ein Redner der anderen Richtung die wichtigen Tatsachen der Ausbeutung durch das Unternehmertum, der Steuerbedrückung, der Brotversteuerung und Gehaltsnachschlag vortrug.

Diese wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse ist es, die den für die Arbeiterbewegung bedeutsamen Beschuß der Konferenz über die Einheitsfront des Proletariats zustande brachte, obwohl die Männer, die zum festen Anschluß der Partei an das Bürgertum drängten, doch wahrhaftig alles mögliche taten. Besonders ist aber auch, daß selbst die am weitesten rechts stehenden Rechtssozialisten nicht gegen die Resolution stimmten, obwohl z. B. Budor-Leipzig die Resolution „weder Kopf noch Schwanz, weder Fisch noch Fleisch“ genannt hatte. Die Resolution kann nicht die Einheitsfront herstellen, weil das durch solche Beschlüsse überhaupt nicht möglich ist, aber sie bringt doch den Willen großer Teile der Arbeiter zur gemeinsamen Kampffront des Proletariats zum Ausdruck, und darin liegt ihr Wert. Die Annahme dieser Resolution zwingt auch die USP, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Das wird in der unabhängigen Landesversammlung am Sonntag geschehen müssen.

Auch für das Zusammenarbeiten in den Parlamenten, im besonderen im Landtag, hatte die Landeskongress ihre Bedeutung, insbesondere nämlich, als deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Bestrebungen, die Regierungsbasis mit der Deutschen Volkspartei zu erweitern, bei den Mitgliedern der Rechtssozialisten starken Widerstand findet. In der Landtagsfraktion der Rechtssozialisten waren unverkennbar immer wieder die Leute am Werk, die auf das Unmöglichkeit einer dauernden Zusammenarbeit mit den Unabhängigen hinweisen und hinweisen. Auch diese Bestrebungen ist durch die Landeskongress ein Dämpfer ausgekehrt worden.

Besonders erfreulich ist die Stellung der Landesversammlung zur Gemeindereform. Hier ist die Niederlage der Dresdner Richtung geradezu katastrophal. Als Fischer seine Rede unter starker Applaus und Händelsatzen der Delegierten endete hatte, sagte ein Delegierter: „Jetzt hat er Kühn einfach totgeschlagen!“ Mit der Annahme des Zuschantrags Mende-Dresden ist die rechtssozialistische Landtagsfraktion gebunden, bei der Gemeindereform nicht hinter Fischers Auffassung zurückzubleiben. Fischers Ansichten erfüllen durchaus nicht die Forderungen, die von der Kommission der unabhängigen Sozialdemokratie als Richtlinien für die Gemeindereform vorgelegt sind. Aber Fischer geht doch weit über das hinaus, was die Dresdner Richtung für die Gemeindereform vorschreibt, und darin liegt der Fortschritt.

Alles in allem kann auch die USP, mit dem Ausgang der Landeskongress der Rechtssozialisten zufrieden sein. Die Konferenz hat die Radikalisierung der rechtssozialistischen Mitglieder sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, was notwendigerweise zur Folge haben muß, daß sich die Politik der rechtssozialistischen Partei mehr und mehr der grundsätzlichen, sozialistischen Politik der unabhängigen Sozialdemokratie nähern muß.

## Die Rechtssozialisten und die Gemeindereform.

Der dritte Verhandlungstag der rechtssozialistischen Landeskongress galt der Beratung über die Gemeindereform. Es lag ein Antrag vor, neben dem Referat von Kühn ein Kurzreferat von Fischer halten zu lassen. Die Bezirksvorstände hatten darüber davon abgesehen, weil sich auf einer Konferenz in Dresden geeinigt habe, daß keine wesentlichen Abweichungen zwischen Kühn und Fischer beständen. Die Verhandlungen zeigten jedoch, daß die Bezirksvorstände recht schlecht unterrichtet waren, denn die Ansichten Fischers und Kühns widersprechen sich in vielen wesentlichen Punkten. Ein Diskussionsredner brachte denn auch zum Ausdruck, daß man in Zukunft den Angaben der Leitung nicht mehr trauen dürfe, wenn sie so wenig den Tatsachen entsprechen. Kühns Referat ließ nicht nur jede Kühnhheit in der Auffassung über die Gemeindereform vermissen, es litt vielmehr unter der reichen Benutzung der Gedanken, die Fischer-Dresden (der bei den Rechtssozialisten am weitesten rechts steht), in der Dresdner Volkszeitung lang und breit vorgetragen und die auch in der Leipziger Freien Presse ihren Widerhall gefunden haben, Gemeindereform. Jawohl! Aber recht langsam, recht bedächtig, keine Eile, keine Überstürzung, Vorsicht, Rücksicht, bis zur Erhaltung des Zweikammerystems. Das langsame Tempo der Reformarbeit könnte zwar den Eindruck der Verhältnisse erwecken, aber das sei beiße nicht der Fall, denn die Gemeindeverwaltung sei ein so feingegliedert Organismus, daß man an seine Umwandlung nur mit der größten Vorsicht gehen könne u. u. Kühn zitierte mehrfach Fischers Schriften und Reden im zufolgenden Sinne, wo er aber aus eigenem zu den Fragen Stellung

in neueren Versöhnungen zeigte sich immer wieder eine meistwürdige Übereinstimmung mit den Ansichten der Gruppe um Fischer.

Vor allem wollte Kühn vermeiden, daß die Landeskongress hindrende Beschlüsse fände. Die Landtagsfraktion durfte nicht festgelegt werden! Mit diesen Bestrebungen hat er aber gerade das Gegenteil erreicht, denn er erwies damit das Misstrauen der Konferenz, was dazu führte, daß sich die Konferenz unzweideutig zu der Auffassung Fischers bekannte.

Die Reform muß nach Kühn den Grundsatz an die Spitze stellen, daß der Wille der wahlberechtigten Bevölkerung voll und ungeschwächt zur Geltung kommt. Sie soll einschränkend wirken gegenüber den bisher den Gemeinden übergeordneten Instanzen. Dabei müsse allerdings den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, den Webergang zu einer andern Verwaltungsform so leicht als möglich zu gestalten, damit die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden nicht ins Stöben geraten. Wenn man sich darüber einig sei, dann sei es nur eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Praxis, ob man das Einflamme oder das Zweikammerystem wähle. Dabei sei freilich nicht das heutige Zweikammerystem gemeint. Wenn es nur möglich wäre, im Einflamme system die demokratischen Rechte zu wahren, dann wäre für ihn (den Redner) kein Schwanken möglich, dann würde er sich ohne weiteres zum Einflamme system bekennen. Über man könne doch auch die Magistratsverfassung ausbauen, um dasselbe Ziel zu erreichen. Vor allen Dingen sei es notwendig, auf dem geschäftlichen Gewerben weiterzubauen. Freie Selbstverwaltung könnte auch in einer Magistratsverfassung herrschen, wenn die endgültige Entscheidung den Stadtverordneten zusteht. Gestehne man dem Rat das Einspruchsrecht gegen die Beschlüsse der Stadtverordneten zu und lasse man die lezte Entscheidung den Stadtverordneten, dann dürfte die Demokratie voll durchgeführt sein.

Über das Verhältnis von Staat und Gemeinde stützte Kühn zulämmend Fischer, daß die Gemeinde in allen Gemeindeangelegenheiten die Selbstverwaltung haben soll. Kühn meinte aber, die Grenzen seien schwer zu bestimmen und durch Gesetz festzulegen, es müsse daher nach Zweckmäßigkeit gründen entschieden werden. Die geforderte unumschränkte Demokratie werde sich auszudehnen in die Kommunalisierung der Amtshauptmannschaft. In diesem Zusammenhang steht die Frage: Ernennung oder freie Wahl der Amtshauptleute. Bleiben die Amtshauptleute staatliche Organe, dann müsse auch die Regierung auf ihre Ernennung einen gewissen Einfluß haben. Kühn fuhr fort: „Ich weiß, daß ich mich hier im Widerspruch mit den Parteigenossen befinde und mit den Wünschen, die die Landesversammlung vertritt. Über ich warte doch davor, hier eine Entscheidung zu fassen, die Entscheidung muß vielmehr der Landtagsfraktion überlassen bleiben.“ Kühn will den Bezirksversammlungen das Vorschlagsrecht der Amtshauptleute zugestehen, sie sollen mehrere Vorschläge machen und die Regierung soll gebunden sein, aus den Vorschlägen einen ihr genehmigen Kandidaten zu wählen. Das Aufsichtsrecht des Staates soll sich nach Kühn auf eine geordnete Gemeindeverwaltung, auf geordnete Finanzabrechnung und auf die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden erstrecken. Es sei auch notwendig, das Aufsichtsrecht zum Schutze von Minderheiten in der Gemeinde auszuüben. Das Bestätigungsrecht müsse unter allen Umständen aufgehoben werden. Kühns Ausführungen fanden auffallend schwaches Beifall.

Nach Kühn kam Fischer mit verlängerter Redezeit zum Wort. Er begann mit einer Erklärung der von Kühn und Ge- nossen vorgelegten Resolution, in der eigentlich alles steht, was vom sozialistischen Standpunkt von der Reform zu fordern sei.

Fischer wies aber gleich darauf hin, daß die Ausführungen Kühns in vielen Beziehungen in Widerspruch stehen mit der Resolution. Fischer meinte: Die Demokratie komme viel mehr zum Ausdruck in der Verwaltung als in der Gesetzgebung. Die Reform der Gemeindeverfassung müsse die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung bringen. Aber wenn auch der Amtshauptmann gewählt werde, so ist das noch keine demokratische Verwaltung. Es handelt sich nicht um Einflamme und Zweikammerystem, sondern um die Beteiligung des Dualismus in der Verwaltung, der darin besteht, daß den Selbstverwaltungsförderer die autonome Behörde gegenübersteht. Wenn Sie das endgültige Beschlusrecht den Gemeindevertretern geben, dann beschließen Sie damit die Aufhebung der Ratsversammlung. Wir müssen verhindern, daß das gewählte Gemeindeparktament die Verwaltung auch zu führen hat. Nur die gewählten Gemeindevertreter sollen entscheiden und der Bürgermeister soll nur der Beauftragte der Gemeindevertreter sein. (Lebhafte Schrift richtig!) Und wenn Sie, was vorgeschlagen wird, auch befürwortete Gemeinderatsmitglieder wählen und die Befoldeten nur in Fragen ihres Geschäftsbereiches Stimmrecht haben, so ist damit jede Beeinträchtigung der Demokratie ausgeschlossen!

Kühn hat starken Einfluß für die Regierung verlangt. Das steht im Widerspruch mit den Forderungen, daß die Gemeinden nur dem Gesetz unterworfen werden sollen. (Sehr gut!) Wenn Sie nur dem Gesetz unterworfen sind, dann darf es keine Anweisung nach Zweckmäßigkeit gründen mehr geben und kein Bestätigungsrecht. Gerade die Forderung der Selbstverwaltung der Bezirke ist eine alte Forderung der Demokratie. Die Wahl der Amtshauptleute steht überhaupt nicht zur Frage, sondern die Selbstverwaltung. Denn sonst könnte man ja auch fragen, warum soll nicht der Bürgermeister von Dresden, Leipzig usw. ernannt werden. Wenn Sie jetzt noch bestimmen würden, daß die Bezirke die Selbstverwaltung bekommen, aber die Amtshauptleute nicht gewählt, sondern ernannt werden, dann würden sich daraus soviel Konflikte entwickeln, daß schließlich auch die Bezirke sich ihr volles Selbstverwaltungsrecht erklären müßten. Wenn aber die Bezirke Selbstverwaltungsförderer werden, dann kann es nur eines geben: die Wahl der Amtshauptleute! Und wenn man die Wahl verweist, dann verweist man die ganze Demokratie. Die restlose Demokratie ist die restlose Selbstverwaltung. (Starker Beifall und Händelsatzen.)

In der Debatte fand Kühn nur wenig Unterstützung. Gleich der erste Debatte redner stellte sich zu der Auffassung Fischers. Er meinte, die Gemeindebeamten sollten ihre Tätigkeit auch ohne Beschlusrecht ausüben. Der Redakteur Sachs von der Dresdner Volkszeitung lobte Kühn, weil er „das Wesentliche scharr herausgearbeitet hat“; es zeigte sich aber, daß die Klarheit dieses Redners ungefähr auf der gleichen Höhe stand, wie die des von ihm gelobten Referenten. Dabei mußte auch Sachs zugeben: um die Wahl der Amtshauptleute werden wir wohl nicht herumkommen! Müller-Jädra war so hochsichtig, die Bezirksvorstände darauf aufmerksam zu machen, welch ein Widerspruch zwischen dem Referat von Kühn und der Rede Fischers bestand, trotzdem die Bezirksvorstände vorher das Gegenteil versichert hatten. „Fischers Referat war klar und grundlegend. Wir müssen heute befürchten, daß die Resolution so durchgeführt wird, wie sie Genosse Fischer ausgeführt hat, damit wir in der Resolution ein grundähnliches Verkettung haben.“ Koch-Awidau erklärte ebenfalls sein Einverständnis mit Fischer. Wiede-Glauchau wandte sich schärfer dagegen, daß kein Beschlusse gesetzt werden sollte: „Wir wollen der Regierung und der Landtagsfraktion Richtlinien darüber geben, wie wir die Reform durchführen müssen wollen.“ Menzel-Dresden begründete den Zusatz zu der Resolution (den wir in dem unten folgenden Abdruck durchsetzen Satz hervorgehoben haben). Mit diesem Zusatz soll die Landeskongress den festen Willen zum Ausdruck bringen, daß die Reform in dem Sinne gemacht wird, wie es der Genosse Fischer dargestellt hat.

In seinem Schlusssatz versuchte Kühn den schlechten Eindruck, den seine Ausführungen nach der Rede Fischers und der Diskussionsredner hinterlassen hatte, einzumerken auszugleichen. Er blieb aber ohne jeden Eindruck. Als Kühn das Rednerpult verließ, ohne den geringsten Beifall oder auch nur Zustimmung gefunden zu haben, zeigte sich, daß die Dresdner Richtung auch in der Gemeindepolitik auf der Landeskongress eine schwere Niederlage erlitten hatte.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen, sie hat folgenden Wortlaut:

Die in Leipzig versammelten Vertreter der sächsischen Sozialdemokratie fordern bei der Neuregelung der Gemeindeverfassung einen Aufbau der gesamten Gemeindegesetzgebung auf demokratischer und einheitlicher Grundlage, sowie eine freie und gerechte Ausgestaltung der gemeindlichen Organe der Landesverwaltung. Insbesondere und in Übereinstimmung mit dem Gemeindewahlprogramm für die Sozialdemokratische Partei Sachsen stellt sich die Landesversammlung auf den Boden der vom Ge- nossen Fischer vorgetragenen Richtlinien und fordert:

- a) Selbstverwaltung der Gemeinde, die nur den Gesetzen und den Gerichten unterworfen sein soll. Endgültiges Beschlusrecht der von dem Volk gewählten Gemeindevertreter.
- b) Aufhebung des Bestätigungsrechts gegenüber den von der Gemeinde gewählten Beamten.
- c) Wahl der leitenden Gemeindebeamten für kürzere Fristen und unter Ausschluß der bisherigen lebenslänglichen Anstellung.
- d) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesehlicher Verwaltungsakte der Gemeinden und auf die Durchführung von Maßnahmen der Landesregierung.
- e) Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Be- fehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.

Mit der Annahme dieser Resolution war die Konferenz beendet. H. L.

## 14. Verbandstag der Maschinisten und Heizer.

Vierter Verhandlungstag.

Karlsruhe, 30. Juni 1921.

Der Verbandstag fährt in der Debatte über das Referat „Berufsorganisation oder Industrieverband“ fort. Verbandsvor- sitzender Lieber-Berlin weiß darauf hin, daß man auf dem Betriebsratstag des ADGB Verständnis für die Schaffung der 16. Industriebrigade für Energieerzeugung und Verteilung habe. Die Materie sei dann dem Betriebsrätebeirat zur weiteren Bearbeitung übergeben worden. Trotz wiederholten Drängens von Seiten des Verbandes habe man aber bis heute noch keine Stellung dazu genommen. Das höchste und größte Ziel sei die Ablösung der privaten kapitalistischen Wirtschaftswelt, daneben dürften über die beruflichen Interessen und Fragen nicht vergessen werden. Der Verband der Maschinisten und Heizer wolle die Berufskollegen aller Industrien zusammenfassen, auch die der stärkste- zugehörigen Industrie. Nur dann sei es möglich, den Ring mächtig zu schließen.

Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und Heizer bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sei nicht zugestanden worden. In dieser Industrieorganisation habe man die Geschäftsmacher in der Entlohnung angekrebt. Der Redner begründet mit Beispielen aus der Praxis die Notwendigkeit der beruflichen Interessenvertretung. Neuerer-Ludwigshafen: Im besetzten Gebiet habe man eine Industrieorganisation gehabt, aber sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Eine Spezialvertretung der Maschinisten und He